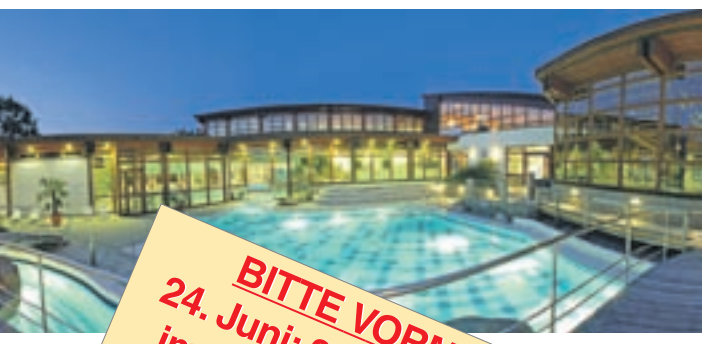
ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 18. März 2010 | 61. Jahrgang | Nummer 6



BITTE VORMERKEN:
24. Juni: 3. GZ-Energieforum
im Garchinger Bürgerhaus

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

LEP auf dem Prüfstand

Gespräch mit MdL Erwin Huber

Vor rund 35 Jahren beschloss die Bayerische Staatsregierung eine Art „Masterplan" für den Freistaat, das Landesentwicklungsprogramm. Über die Jahre wurde das Programm weiterentwickelt und in diesem Jahr steht dieses Prozedere wieder an. Über die Zielrichtung freilich wird heiß diskutiert. Mit aktuellen Informationen hierzu sowie zum Thema Breitband wartete bei der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, MdL Erwin Huber auf.

Wie Erwin Huber betonte, soll auch die sechste Auflage des Programms vor allem die Erhaltung und Schaffung von gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern zum Ziel haben. Dabei sei vor allem der schwach strukturierte ländliche Raum zu berücksichtigen.

Neuausrichtung

Veränderungen im Bereich Landesplanung/Landesentwicklung sind laut Huber aus mehreren Gründen vonnöten. Zunächst gehe es um das Fachziel Einzelhandelsgroßprojekte. 2002 trat im LEP die landesplanerische Neuregelung für Einzelhandelsgroßprojekte in Kraft. Dieses Ziel wurde 2006 in Einzelfragen ergänzt. Der Bayerische Landtag habe die Bayerische Staatsregierung in einer Resolution zum LEP u. a. dazu aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Fachfestlegungen zum Einzelhandel einer Neuausrichtung bedürfen. Das bayerische Wirtschaftsministerium ließ hierzu ein Gutachten zur Evaluierung des Einzelhandelsziels erarbeiten. Es zeigt, dass der Freistaat über eine gute Grundversorgung im Handelsbereich verfügt. So leben 97 Prozent der Bevölkerung in Nahbereichen, in denen mindestens ein Lebensmittelmarkt mit mindestens 400 qm Verkaufsfläche besteht.

Das Wirtschaftsministerium prüft nun auf Grundlage der Ergebnisse dieses Gutachtens, aber auch im Hinblick auf Anregungen aus dem politischen Raum, die Fortschreibung des Fachziels. Es geht darum, zu versuchen, jeweils eine einfachere Regelung zu schaffen. Die heutige Kaufkraftfestlegung und die Auswirkung auf die Kaufkraft in der Region sind nach Hubers Ansicht „doch sehr kompliziert und äußerst schwierig anzuwenden".

Unter Leitung von Staatssekretärin Katja Hessel wurde im Wirtschaftsministerium eine Arbeitsgruppe „Einzelhandelsziel" ins Leben gerufen, der u. a. Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und der Wirtschaftsverbände angehören. Die Gespräche sind Huber zufolge „mühsam und schwierig", die Meinungen konträr. Im Grunde wisse niemand eine Lösung, „die in die Nähe eines Konsenses rücken würde".

Weiterentwicklung

Eine Weiterentwicklung des LEP steht auch deshalb an, weil der Landtag laut Huber bei der letzten Fortschreibung den Auftrag gegeben hat, das Prinzip der zentralen Orte und die Einstufung der Städte und Gemeinden in Bayern zu überprüfen. Begründung: Die jetzige Regelung fuße nicht auf aktuellem Material. Eine weitere Rolle spielten der Wegfall der Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes im Rahmen der Föderalismusreform und die daraus resultierenden Möglichkeiten der Länder.

Als letzten Grund für die Neuregelung nannte Huber „ständige Klagen aus dem Bereich der Wirtschaft", wonach u. a. das Prozedere der Genehmigungs- und der Raumordnungsverfahren zu viel Zeit in Anspruch nehme. Die Wirtschaftsvertreter erachteten es als unerlässlich, die Vorgehensweise zu beschleunigen und keine Investitionshemmnisse entstehen zu lassen.

Zu Beginn des Jahres wurde

(Fortsetzung auf Seite 4)

Das Podium des KPV-Hauptausschusses: Heinrich Lenz, Georg Huber, Erwin Huber und Stefan Rößle (von links). Bild: DK

Bayerischer Städtetag:

Klare Absage an Steuerexperimente

Parteiübergreifende Einigkeit in punkto Gewerbesteuer herrschte bei der jüngsten Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags in München: „Die Gewerbesteuer darf weder ausgehöhlt noch untergraben werden", erklärte der Städtetagsvorsitzende, Regensburgs OB Hans Schaidinger (CSU). Für Weidens Oberbürgermeister Kurt Seggewiß (SPD) wäre „eine Abschaffung der Gewerbesteuer ein Totalangriff auf die kommunale Selbstverwaltung" und für Priens Ersten Bürgermeister Jürgen Seifert (Freie Wähler) „ein klarer Verfassungsbruch".

„Bei uns herrscht höchste Wachsamkeit, wenn die Gemeindefinanzkommission in Berlin ihre Arbeit aufnimmt. Wir sind alarmiert - besonders, seit der Koalitionsvertrag der Bundesregierung die Gewerbesteuer zur Disposition stellt", hob Städtetagschef Schaidinger hervor. Die wichtigste Säule der kommunalen Einnahmen müsse ihr Fundament behalten. Der Bayerische Städtetag bleibe dabei: „Hände weg von der Gewerbesteuer!"

Städtetagsvorsitzender Hans Schaidinger. ❐

Fundament der Einnahmen

Die Koalition hat Schaidinger zufolge die Absicht, weitere Entlastungen für Unternehmen zu schaffen. Die Gemeindefinanzkommission will zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung einen Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer sowie einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer prüfen. „Experten haben solche Vorschläge in allerlei Varianten bereits in vielen Kommissionen der vergangenen Jahre immer wieder durchgerechnet - nun zücken wir halt aufs Neue unsere Taschenrechner", betonte der Verbandsvorsitzende und ergänzte: „Eine sinnvolle und brauchbare Alternative zur Gewerbesteuer ist bislang auch den klügsten Experten noch nicht eingefallen. Wir können nicht alle drei Jahre alles wiederholen und umkrempeln. Die Kommunen sind keine Versuchskaninchen, die man für fragwürdige Heilslehren auf dem Operationstisch für Steuerexperimente bluten lässt."

Keine Aufweichung

Die Maßnahmen zur Stabilisierung der Gewerbesteuer mit der Unternehmensteuerreform 2008 hätten gegriffen und dürften jetzt nicht schon wieder aufgeweicht werden. Laut Schaidinger haben

(Fortsetzung auf Seite 4)

Der kommunale Finanzausgleich in Bayern 2010:

Ausgewogene Hilfestellung in schwieriger Zeit

Von Franz Josef Pschierer,
Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen

Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Konjunkturkrise, die im vergangenen Jahr über uns hereingebrochen ist, haben natürlich nicht vor den bayerischen Kommunen Halt gemacht. Manches derzeitige Wehklagen auf kommunaler Seite ist daher durchaus verständlich. Dem Freistaat geht es bei der Bewältigung der Krisenfolgen nicht anders. Mit dem kommunalen Finanzausgleich unterstützt er aber die bayerischen Kommunen bestmöglich. Die Verteilung der Mittel im Finanzausgleich erfüllt zugleich alle rechtlichen Anforderungen.

1. Die Leistungen des FAG in 2010

Sowohl Staat als auch Kommunen haben mit den Folgen der tiefgreifenden Finanz- und Wirtschaftskrise zu kämpfen. Beide Ebenen sitzen hierbei in einem Boot – das bedeutet gemeinsame Zuwachschancen in guten Zeiten, in schlechten Zeiten aber auch die Hinnahme von Rückgängen. Die Gebietskörperschaften müssen die auf sie treffenden Mindereinnahmen selbst tragen. Dabei haben die bayerischen Kommunen aufgrund der guten Entwicklung ihrer Finanzlage in den letzten Jahren einen leichten Startvorteil gegenüber dem Freistaat. Dies möchte ich an den nachfolgenden Kennzahlen verdeutlichen:

- Die Steuereinnahmen der Gemeinden stiegen von 1999 bis 2008 um 45%. Im selben Zeitraum ergab sich für den Staat ein Zuwachs von 31% bzw. nach Länderfinanzausgleich von 26%.
- Die bayerischen Kommunen erzielten von 1999 bis 2008 kumuliert einen Einnahmeüberschuss von 3,6 Mrd. . Der Staat verzeichnete im selben Zeitraum einen Einnahmefehlbetrag von 4,3 Mrd. .
- Der Schuldenstand der bayerischen Kommunen ist von 1999 bis 2008 um 5,1% gestiegen. Die staatlichen Schulden stiegen im selben Zeitraum um 21%.

Weitere Informationen und Daten, auch zur aktuelleren Entwicklung, finden Sie im Internet unter: http:/www.stmf.bayern.de/kommunaler_finanzausgleich/allgemeines.

Stabilisierung der BayernLB

Auch sollte nicht vergessen werden, dass der Freistaat die Stabilisierung der BayernLB alleine getragen hat. Eine weitere Freistellung der Kommunen von ihren Belastungen kann der Staat auch gar nicht leisten - er hat selbst Haushaltsverschlechterungen auf der Einnahmeseite in Höhe von insgesamt 1,7 Mrd. Euro zu verkraften.

Große Unterstützung

Dennoch wird der Freistaat die Kommunen auch im Rahmen des FAG 2010 in hohem Maße unterstützen. Nach mehreren Jahren einer sehr guten Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs ist für 2010 angesichts sinkender Steuerverbünde ein Rückgang vorgezeichnet. Dieser wird jedoch durch zusätzlich vom Staat bereitgestellte Mittel in Höhe von insgesamt 60 Mio. abgemildert. Nach dem Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs 2010 liegen die reinen Landesleistungen mit 6,3 Mrd. nur geringfügig (-0,8%) unter dem letztjährigen Rekordansatz und noch deutlich (+2,9%) über dem Ansatz 2008.

Die zusätzlichen Mittel dienen der Stabilisierung der Verwaltungshaushalte. Besonders zu betonen ist die darin enthaltene erneute Anhebung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund auf nunmehr 12%.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Neues von Sabrina

Es ist so eine Sache mit dem Datenschutz. Einerseits übergibt man seine persönlichen Daten jedem Rabattkartenhersteller, andererseits will so Mancher Fotos von seinem Haus dann doch lieber nicht im Internet sehen. Der Bürgermeister diskutiert in dieser Sache im Rathaus gerade mit den Gegnern von Google Street View. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Sterben in Würde 2
Ja zur Zweitwohnungssteuer 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Keine Alternative zur Gewerbesteuer erkennbar 3
Leben findet Innenstadt 3
Bezirke in Bedrängnis 3
GZ-Fachthemen:
Kommunalfinanzen 5-7
Wasser · Abwasser 8
Kommunaler Bau · Schutz- und Arbeitskleidung 9
Aus den bayerischen Kommunen 10-12

Ja zur Zweitwohnungssteuer

Landtag erwartet im Herbst neue Zahlen über Einnahmen und mögliche Auswirkungen auf Schlüsselzuweisungen

Die Erhebung der Zweitwohnungssteuer durch Gemeinden und Städte auf Grund eigener Beschlüsse wird vom Landtag weiterhin bejaht. Inwieweit sie sich auf die staatlichen Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs auswirken könnte oder sollte, wird gegen Ende des Jahres erörtert, wenn die Einnahmen des Steuerjahres 2009 vorliegen. Die Staatsregierung wird darüber berichten. Derzeit wird die Steuer in 144 der rund 2000 bayerischen Kommunen verlangt.

Das zeige, dass von ihr sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht werde, erklärten Angelika Schorer (CSU) und Helga Schmitt-Bussinger (SPD) als Berichterstatterinnen im federführenden Kommunalausschuss des Landtags. Anlass war die Eingabe der Interessengemeinschaft Zweitwohnungssteuer Bayern (IG Zwst Bayern), in der Sitzung vertreten durch ihren Vorsitzenden Josef Butzmann aus Weißenhorn (Lkr. Neu-Ulm). Er brachte vor, dass vor allem ältere Zweitwohnungsbesitzer und Studenten von der Steuer hart betroffen würden und sich „Nicht abzocken“ lassen wollten. Über die Möglichkeit für Geringverdiener, sich von der Steuer befreien zu lassen, würden sie von vielen Kommunen nicht oder unzureichend unterrichtet. Butzmann stellte die Alternative vor, den Gemeinen mit „Zwst“ die Schlüsselzuweisungen zu kürzen oder die ganze Steuer abzuschaffen.

Viele Petitionen

Schorer und Schmitt-Bussinger hatten zuvor schon bestätigt, dass es viele Petitionen gegen die 2004 beschlossene Zweitwohnungssteuer gab und gebe. Andererseits zeige die Zahl von 114 Gemeinden, vielfach Fremdenverkehrsorte, dass von dieser Möglichkeit sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht werde. Jörg Rohde (FDP) warf auch die Frage auf, ob Einnahmen und Kosten im rechten Verhältnis zueinander stünden, wenn 2008 in den 144 Kommunen gerade mal 17 Mio. Euro eingenommen worden seien. Er war mit den Berichterstatterinnen jedoch einer Meinung, den 2008 geforderten Zweijahresbericht des Innenministeriums abzuwarten.

Berechnungssystematik

Dieses hatte auf Grund einer Schriftlichen Anfrage des Grünen-Abgeordneten Sepp Daxenberger im Herbst letzten Jahres erklärt, die Berechnungssystematik der Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden wegen der Zweitwohnungssteuer zu ändern, werde nicht geschehen. Es handele sich um etwa 35 Mio. Euro, gleich 2,7% der Gemeindeschlüsselmasse nach den Zahlen von 2005. Im Übrigen sei nicht abzusehen und schwer zu ermitteln, wie sich die Zahl der Zweitwohnungsbesitzer bzw. -nutzer entwickle.

Die Butzmann-Eingabe wurde vom Kommunalausschuss mit Hinweis auf den Bericht im Herbst einstimmig für erledigt erklärt. Das Sitzungsprotokoll wird dem Petenten zugestellt. **rm**

Gegner der Zweitwohnungssteuer:

Erhebliche Belastung für die Bürger

Interessengemeinschaft prangert „unsolide Praxis“ an

Deutlich ist die Kritik, die eine bayernweite Interessengemeinschaft mit mehreren Gruppierungen, darunter der Bund der Steuerzahler in Bayern und der Landesverband der Campingplatzunternehmen in Bayern, an der im Freistaat im Jahre 2005 eingeführten Zweitwohnungssteuer übt. Laut Josef Butzmann von der IG-Zwst stellt diese „unsolide Praxis“ eine erhebliche Belastung für den Bürger dar.

Über Jahrzehnte war den Tourismus-Kommunen in Bayern die Zweitwohnungssteuer per Landtagsbeschluss im Jahre 1988 verwehrt, legt Butzmann dar. Zum Ausgleich für die entgangenen Einnahmen seien den etwa 140 Gemeinden mit gesetzlicher Regelung über das Produkt „Schlüsselzuweisungen für Nebenwohnsitze“ Einnahmen aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu Teil geworden. Zum 1. Januar 2005 hätten viele Kommunen Satzungen erlassen und veranlagten in der Regel Nicht-Einheimische zur Zweitwohnungssteuer.

Einnahmen mit steigender Tendenz

Seither erfreuten sich diese Kommunen über Einnahmen in Höhe von jährlich über 36 Millionen Euro mit steigender Tendenz, angepasst an das Steueraufkommen im Freistaat. Dagegen hätten im ersten Jahr der Besteuerung die Einnahmen aus der Zweitwohnungssteuer lediglich 26 Millionen Euro betragen- „verbunden mit viel Ärger und Verwaltungsaufwand“.

Die Besteuerung habe in Bayern in den Fremdenverkehrregionen zu viel Verärgerung und einem erhöhten Angebot an Ferienwohnungen geführt, die zum Teil, so Butzmann, inzwischen fast unverkäuflich geworden seien. Für die vielen, etwa 50.000 zum Verkauf stehenden Wohnungen, gebe es nur ganz wenige Interessenten, denn für eine Dauernutzung als Erstwohnsitz schieden die meisten auf Grund des Zuschnitts und der Größe aus.

Stillschweigender Boykott der Ferienorte

„Seit bekannt wurde, dass die sog. Schlüsselzuweisungen ungekürzt ohne jeglichen Landtagsbeschluss in voller Höhe geblieben sind, trägt diese Situation keineswegs zu glaubwürdigen Tourismusförderungsmaßnahmen bei“, betont Butzmann. Ohne große angekündigte Reaktionen boykottierten viele Zweitwohnungsbesitzer inzwischen stillschweigend die Ferienorte.

Die Interessengemeinschaft zur Abschaffung der Zweitwohnungssteuer in Bayern empfiehlt der Bayerischen Staatsregierung die Tourismus-Kommunen vor die Wahl zu stellen, entweder auf die Zweitwohnungssteuer künftig wieder zu verzichten oder die seit 2005 zugeteilten Schlüsselzuweisungen für Nebenwohnsitze - in etwa 200 Millionen Euro - zurück zu fordern und an die restlichen benachteiligten 1900 Normal-Kommunen als reellen Finanzausgleich zu regeln.

Gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Krise müsse die Entlastung der Bürger an oberster Stelle stehen, erklärt Josef Butzmann. Die Zweitwohnungssteuer sei eine Bagatellsteuer, deren Erhebung einen hohen Aufwand bei geringem Erlös für die öffentliche Hand verursache. Dies gelte umso mehr, als zur Entlastung einkommensschwacher Steuerpflichtiger ein aufwändiges Befreiungsverfahren notwendig sei. **DK**

Hospiz- und Palliativversorgung:

Sterben in Würde

Fachtag der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

Mit der Hospiz- und Palliativversorgung befasste sich jüngst eine Fachtagung der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, der mehr als 150 Teilnehmer beiwohnten. „Diese große Resonanz spiegelt eindrucksvoll die Bedeutung dieser Aufgabe wieder“, so der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit, Joachim Unterländer, MdL.

„Gerade eine christlich geprägte Gesellschaft muss das Thema Sterben aus der Tabuzone holen. Unsere Anstrengungen müssen darauf zielen, ein würdevolles Sterben und einen möglichst schmerzarmen letzten Weg zu ermöglichen“, hob Unterländer hervor. Er nannte es ein vorrangiges gesellschaftspolitisches Ziel seiner Fraktion, im gesamten Freistaat ein bedarfsgerechtes Angebot der ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativversorgung sicherzustellen.

Wie der Politiker bemerkte, seien trotz großer Fortschritte immer noch weit weniger als zehn Prozent der Sterbenden in der Lage, eine palliative Versorgung oder einen Hospizdienst in Anspruch zu nehmen. Nur zehn Prozent der Bevölkerung könnten ihrem eigenen Wunsch entsprechend zuhause in Würde sterben. Unterländer: „Es muss uns bekümmern, dass unsere Gesellschaft auch am Anfang des 21. Jahrhunderts noch grundlegende Fragen des menschlichen Lebens quälen: Wie können wir sicherstellen, dass sterbende Menschen eine gute schmerzlindernde medizinische Versorgung, aber auch eine umfassende spirituelle Begleitung erhalten und zwar unabhängig davon, ob sie in einem Krankenhaus, in einem Pflegeheim oder Zuhause sind? Wie können wir den einzelnen Hospizvereinen eine träger übergreifende Beratung für ihre schwierige Arbeit bieten? Wie können wir Hospizvereinen den Einstieg in die Förderung durch die Krankenkassen für das Angebot einer qualifizierten Sterbebegleitung unter fachlicher Leitung einer palliativ-medizinischen Fachkraft erleichtern?“ Der Fachtag habe verdeutlicht, dass beim Thema Sterben die sich stellenden Aufgaben breit gefächert sind.

Menschliche Wärme

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion, an der Oliver Jörg, MdL, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Aktive Bürgergesellschaft/Ehrenamt, Dr. Erich Rösch, Vorsitzender des Bayerischen Palliativ- und Hospizverbandes e.V., Wilfried Mück, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände in Bayern, Landescaritasverband und Birgit Löwe, Vorsitzende Diakonisches Werk Bayern e.V., teilnahmen, wies Sozialministerin Christine Haderthauer darauf hin, dass in einer zunehmend technisierten Welt menschliche Wärme und Füreinanderdasein für alle ein wichtiges Gut darstellten. Gerade für Menschen am Lebensende sei dies besonders wichtig. Hospizarbeit spende todkranken Menschen Trost und helfe zu akzeptieren, dass der Tod ein Teil des Lebens ist. Deshalb leisteten gerade die ehrenamtlichen Hospizhelferinnen und Hospizhelfer, Angehörige und Selbsthilfegruppen einen unschätzbar wichtigen Dienst am Menschen und für die Gesellschaft.

Hervorragende Arbeit

Bundesweit einmalig sei, dass in Bayern mit der Bayerischen Stiftung Hospiz bereits seit dem Jahr 1999 eine eigene Stiftung zur Förderung der Hospizarbeit ins Leben gerufen worden sei, die ganz hervorragende Arbeit für die Hospizbewegung in Bayern leiste, so Haderthauer. Bayernweit gibt es rund 130 Hospizvereine mit mehreren tausend ehrenamtlichen Hospizhelferinnen und Helfern, 12 staatlich geförderte Hospize mit 120 Plätzen sowie ein staatlich gefördertes Kinderhospiz.

Laut Joachim Unterländer wird die CSU-Fraktion unter Einbindung aller im Bereich Hospiz- und Palliativversorgung tätigen Persönlichkeiten, Verbänden, aller Fraktionen des Bayerischen Landtags und der Staatsregierung gemeinsam ein Rahmenkonzept entwickeln. Erste konkrete Maßnahmen hätten sich bereits aus dem Fachtag ergeben: So werden sowohl die Stiftung Hospiz als auch der Bayerische Hospizverband den aktiven Hospizvereinen durch Veröffentlichung im Internet Hilfestellung bei der Suche nach neuen ehrenamtlich tätigen Hospizhelferinnen und -helfern leisten. Die CSU-Fraktion werde die Anliegen der bei der ambulanten wie stationären Hospiz- und Palliativversorgung Tätigen unterstützen - „im Interesse der sterbenden Menschen und ihrer Familien, im Interesse einer humanen Gesellschaft“, so Unterländer abschließend. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Siegfried Ramsauer
94569 Stephansposching
am 31.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Franz Schneider
92665 Kirchendemenreuth
am 4.4.

Bürgermeister
Herbert Rubenbauer
95683 Ebnath
am 5.4.

Bürgermeister
Max-Dieter Schneider
96157 Ebrach
am 23.3.

Oberbürgermeister
Dr. Alfred Lehmann
85049 Ingolstadt
am 24.3.

Bürgermeister
Albert Lettinger
86441 Zusmarshausen
am 24.3.

Bürgermeister
Karl Heinz Stippler
86738 Deiningen
am 26.3.

Bürgermeister
Heinz Eichinger
85256 Vierkirchen
am 27.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Georg Schützinger
83355 Grabenstätt
am 5.4.

Bürgermeister
Hermann Rupprecht
86685 Huisheim
am 5.4.

Bürgermeister
Helmut Grießhammer
95183 Feilitzsch
am 24.3.

Bürgermeister Rupert Monn
82335 Berg
am 25.3.

Bürgermeister Hermann Wehr
96152 Burghaslach
am 28.3.

Bürgermeister Dr. Peter Bergmair
86316 Friedberg
am 31.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Schlögel
86678 Ehingen
am 29.3.

Bürgermeister Karl Malz
86660 Tapfheim
am 29.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Franken
85084 Reichertshofen
am 25.3.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Wege aus der Finanznot:

Die Gewerbesteuer soll bleiben

Landtag sucht Wege zur gesetzlichen Stärkung der Kommunen

Die Konstituierung der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene hat im Landtag dazu geführt, die Finanznot der Kommunen verstärkt zum Thema zu machen und darüber hinaus ihre Selbstbestimmung neben Bund und Land zu erweitern. Dem Plenum lagen dazu Dringlichkeitsanträge von SPD und Freien Wählern sowie Gesetzentwürfe auch der Grünen zur Ersten Lesung vor. Bei grundsätzlicher Übereinstimmung gab es indessen noch keinen Konsens mit den Regierungsfraktionen CSU und FDP. In Ausschussberatungen und interfraktionellen Gesprächen soll bis Herbst eine gemeinsame Lösung für eine Neufassung insbesondere der Gemeindeordnung gefunden werden,

Die von Helga Schmitt-Bussinger (SPD) und Joachim Hanisch (FW) erläuterten Dringlichkeitsanträge fanden bei den Regierungsfraktionen nur insoweit Zustimmung, als „Hände weg von der Gewerbesteuer“ verlangt wurde. Gertraud Goderbauer (CSU) meinte, die Kommission sollte erst mal beraten. Entsprechend nahm Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer (CSU) Stellung. Fraktionsvorsitzender Georg Schmid wurde in einer Presseerklärung deutlicher: „Die Gewerbesteuer bleibt“, es gebe derzeit keine Alternative. Das Problem sei ihre hohe Unsicherheit. Denkbar sei eine Stabilisierung der Kommunalfinanzen durch eine stärkere Beteiligung an der Umsatzsteuer.

Stabilisierung der Kommunalfinanzen

Die beiden Dringlichkeitsanträge wurden von CSU und FDP abgelehnt; weil darin ein im Grundgesetz verankertes Anhörungsrecht der Kommunen in der Gesetzgebung und eine Kodifizierung des Konnexitätsprinzips (wer anschafft, zahlt) vorgesehen war.

Eine Stärkung von Bürgerbegehren und -entscheid auf kommunaler Ebene sowie von Volksbegehren und -entscheid auf Landesebene sind Inhalt von Entwürfen aller drei Oppositionsfraktionen zur Änderung von Gemeindeordnung und Landeswahlgesetz. Dr. Andreas Fischer (FDP) bestätigte, eine Stärkung der Bürgerrechte sei grundsätzlich zu begrüßen, die Vorschläge der Opposition seien aber mit Skepsis aufzunehmen.

Die Gesetzentwürfe wurden an den Kommunalausschuss als federführendes Gremium überwiesen. Die Koalitionsfraktionen streben eine gemeinsame Fassung an. Jörg Rohde (FDP) teilte dem Plenum mit, er und Christian Meißner (CSU) würden sich interfraktionell darum bemühen. **rm**

Nachfolge von Präsident Theo Zellner:

Landkreisversammlung wählt am 19. Mai 2010

Seit der Wahl des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags Theo Zellner zum Geschäftsführenden Präsidenten des Sparkassenverbands erreichen den Bayerischen Landkreistag immer wieder Anfragen zur Nachfolgeregelung. Das Präsidium des Bayerischen Landkreistags, das in seiner Sitzung mit Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle u. a. Fragen der Schulentwicklung diskutierte , hat auch über die zu vergebende Spitzenposition beim Bayerischen Landkreistag beraten. Demnach ist folgender Ablauf vorgesehen: Die 142 Mitglieder der Landkreisversammlung werden am 19. Mai den Nachfolger von Theo Zellner wählen. Bis dahin haben die 7 Bezirksverbände des Bayerischen Landkreistags das satzungsgemäße Recht, Kandidaten vorzuschlagen. ❐

Hauptausschuss in Kulmbach:

Bezirke in Bedrängnis

Die leeren kommunalen Kassen bringen zunehmend auch die bayerischen Bezirke in Bedrängnis. Wie Verbandspräsident Manfred Hölzlein bei einer Sitzung im oberfränkischen Kulmbach erläuterte, „erwarten wir in den Jahren 2011 und 2012 gewaltige Einbrüche bei den Einnahmen aus der Bezirksumlage". Da die Umlagezahlungen der Kommunen von ihrer Finanzkraft abhingen, sinke bei gleich bleibendem Umlagesatz die Summe der an die Bezirke abgeführten Zahlungen, gab Hölzlein zu bedenken. Eine Anhebung der Bezirksumlage sei aber den Gemeinden nicht zuzumuten.

Die zunehmend schwierige finanzielle Situation der Bezirke macht nach Hölzleins Ansicht deutlich, dass die Finanzierung übergemeindlicher sozialer Leistung neu geordnet werden müsse. So sollten mit einem Bundesleistungsgesetz die Ansprüche Behinderter klar geregelt werden. Diese sollten sich nicht länger als Sozialhilfeempfänger fühlen müssen.

Finanziert werden sollten die Leistungen je zu einem Drittel von Bund, Land und Kommunen. Die Bezirke sind für übergemeindliche Aufgaben zuständig, etwa die Betreuung von Behinderten. Um ihre Aufgaben dennoch erfüllen zu können, seien die Bezirke von nächstem Jahr an auf eine stärkere finanzielle Hilfe des Freistaats angewiesen.

Stärkerer Finanzbedarf

Im laufenden Jahr unterstützt die Staatsregierung die Arbeit der Bezirke nach Hölzleins Angaben mit 583 Millionen Euro. „Das ist nicht schlecht, die Summe wird aber angesichts der schwierigen Finanzentwicklung in den nächsten Jahren nicht ausreichen", prognostizierte der Verbandschef.

Der Hauptausschuss des Verbandes befasste sich darüber hinaus mit der Einbeziehung von Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf und den Auswirkungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderten im Bildungsbereich.

Mit Blick auf diese UN-Konvention will der Freistaat künftig ein Bildungssystem auf den Weg bringen, das auf den zwei Säulen Einzelintegration und Inklusionsklasse ruht. Das Konzept des Kultusministeriums wurde dem Ministerrat im Sommer vergangenen Jahres vorgestellt und fand dessen Billigung. Der Ministerrat stellte jedoch auch klar, dass der „Umfang der Maßnahmen den künftigen Haushaltsverhandlungen vorbehalten bleibt".

Künftig soll es weiterhin Kooperations- und Außenklassen geben. Neu ist, dass das Kultusministerium die Bildung von spezifischen Klassen an Volksschulen erwägt, in denen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (vor allem im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung) gemeinsam mit Schülern ohne Förderbedarf unterrichtet werden. In diesen Klassen soll es immer zwei Lehrkräfte (Volksschullehrkraft und Sonderschullehrkraft) und eine Pflegekraft geben, die gegebenenfalls auch für zwei Klassen zur Verfügung steht.

Neues Organisationsmodell

Diese geplanten Klassen wären ein neues Organisationsmodell, das den Forderungen der UN-Konvention entgegenkommt. Inhaltlich würden sie einer Außenklasse entsprechen, die sehr eng mit einer Volksschulklasse kooperiert. Sie eignen sich vor allem für Schüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung sowie für Mehrfachbehinderte.

Für den Freistaat Bayern würde die Errichtung der neuen Gemeinschaftsklassen allerdings erhebliche finanzielle Mehraufwendungen bedeuten. Für die Bezirke als Sozialhilfeträger ergäben sich jedoch Einsparungen, da in der Regel auf den Einsatz von Integrationshelfern verzichtet werden kann und heilpädagogische Tagesstätten nicht mehr im bisherigen Umfang benötigt würden. Freilich wäre mit erhöhten Beförderungskosten für die Kommunen zu rechnen, da diese neue Form der Volksschulklasse gastschulfähig sein soll.

Aufrechterhaltung des Angebots

Aufrecht erhalten will der Freistaat das Angebot der Förderschulen. Kultusminister Ludwig Spaenle hat dargelegt, dass der Freistaat Bayern das Angebot der Förderschulen, Förderzentren und sonderpädagogischen Förderzentren nach wie vor befürworte. Sollten sich aufgrund der Bildung von Inklusionsklassen Einsparungen im Förderschulbereich ergeben, will das Kultusministerium diese Einsparungen im Förderschulsystem belassen und damit Defizite der vergangenen Jahre, vor allem im Personalbereich, mildern.

Hölzlein begrüßte die aktuellen Überlegungen des Kultusministeriums. Die Errichtung von Inklusionsklassen hätte im Idealfall den Effekt, dass die Fallzahlen bei der Einzelintegration nicht weiter ansteigen. Notwendig werde es jedoch sein, Eltern die fachlichen Vorzüge der Integrationsklassen nahe zu bringen. Derzeit sieht der Verband eher die Tendenz, dass diese auf die Qualität der Einzelintegration setzen.

Elternwahlrecht

Da das Elternwahlrecht weiter gestärkt werden soll, wird es laut Hölzlein notwendig sein, Eltern über alle Fördermöglichkeiten umfassend und neutral zu informieren. Dazu zählten auch die Angebote der Förderschulen. Darüber hinaus müsse das Kultusministerium die finanziellen Auswirkungen, die mit der Einrichtung von Inklusionsklassen entstehen, für alle kommunalen Ebenen darlegen und Entwicklungskonzepte erarbeiten.

Das Kultusministerium will nun überprüfen, ob im kommenden Jahr Kooperationsklassen im Rahmen eines Schulversuches eingerichtet werden. Vorbildfunktion hätte das Land Nordrhein-Westfalen, in dem derzeit zwei Pilotschulen in diesem Bereich aktiv sind. **DK**

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Wieder einmal beschäftigt sich eine Kommission, in diesem Fall die Regierungskommission zur Reform der Gemeindefinanzen, mit der umstrittenen Gewerbesteuer. Es ist aber auch nach 20 Jahren - so lange diskutiert man bereits über die Gewerbesteuer - noch keine Alternative erkennbar.

Ziel muss aufgrund der schwierigen Finanzlage sein, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern: um die Einnahmensituation zu stabilisieren, eine Lösung zu den stetig steigenden Sozial- und Jugendhilfeausgaben zu finden und um den gehobenen Standard an Infrastruktur in den bayerischen Kommunen halten zu können.

Keine Alternative zur Gewerbesteuer erkennbar

Festzustellen ist aber schon, dass die bestehende Regelung der Gewerbesteuer großen Schwankungen unterliegt und zu einer ungleichen Finanzverteilung bei den Gemeinden, Märkten und Städten führt.

Einzelne Gemeinden mit finanzstarken und erfolgreichen Industriebetrieben können mit vollen Kassen wirtschaften und Millionen an Rücklagen bilden, während andere Kommunen ohne Gewerbesteuereinnahmen damit zu kämpfen haben, rechtmäßige Haushalte aufzustellen.

Und es kommt auch noch dazu - wie die aktuelle Krise deutlich zeigt - dass die Schwankungen in der Gewerbesteuer sehr groß, oft unkalkulierbar und kurzfristig sind. Allein im Jahr 2009 erhielten die Städte, Märkte und Gemeinden 17% weniger Gewerbesteuer als im Vorjahr.

Dies wiederum hat zur Folge, dass sogar bei den finanzstarken Kommunen wegen dieser schnellen Schwankungen, denen in der Regel längerfristig gebundene Finanzmittel in den kommunalen Kassen gegenüberstehen, dramatische Engpässe entstehen.

Die Ausgleichssysteme reagieren gerade bei diesen kurzfristigen Verwerfungen erst mit 2 Jahren Verspätung und machen eine solide Haushaltsplanung oft sehr schwierig.

Das aktuelle Gewerbesteuersystem hat also deutliche Schwächen. Trotzdem muss die erste Priorität die Kostenentlastung für alle Kommunen haben. Über die Abschaffung und Aushöhlung der Gewerbesteuer kann erst geredet werden, wenn eine akzeptable Alternative besteht. Ansonsten werden sich die Kommunen dagegen sicher entschieden wehren.

Auch der Bayerische Finanzminister Georg Fahrenschon sieht derzeit keinen konkreten Ersatz für die Gewerbesteuer, allerdings erscheint es ihm auch wichtig „die Aufgabenbelastungen der Kommunen, insbesondere die Vorgaben des Bundes im sozialen Bereich kritisch zu hinterfragen."

Gut, dass die Regierungskommission ins Leben gerufen wurde; die KPV wird die Arbeit und die Ergebnisse kritisch begleiten.

Die Beckenbauer-Position „Schau´n mer mal", also aussitzen, kann hier nicht mehr genügen!

Ihr Stefan Rößle

Programm Aktive Zentren:

Leben findet Innenstadt

Erfahrungsaustausch schwäbischer Programmgemeinden in Memmingen

Zum Erfahrungs- und Informationsaustausch trafen sich die im Programm ‚Aktive Stadt- und Ortsteilzentren' engagierten schwäbischen Städte im Memminger Rathaus. Mit diesem 2008 von Bund und Ländern speziell für Innenstädte, Ortszentren und Stadtteilzentren aufgelegten Städtebauförderungsprogramm führt die Oberste Baubehörde ihre Initiative ‚Leben findet Innenstadt' fort. Kernidee dieses von 2006 bis 2008 erfolgreich erprobten Modells ist die öffentlich-private Partnerschaft in Stadt- und Ortszentren. Durch gemeinsame kommunale und private Anstrengungen soll das Investitionsklima und die wirtschaftliche Basis in den Zentren nachhaltig verbessert werden.

Sieben schwäbische Städte - Immenstadt, Kaufbeuren, Kempten, Lindenberg, Marktoberdorf, Memmingen und Mindelheim - engagieren sich aktuell im Programm Aktive Zentren. Bayernweit sind es 47 Städte und Gemeinden. Gemeinsam mit der örtlichen Wirtschaft, Immobilieneigentümern und Bürgern arbeiten sie an der Aufwertung ihres Stadtzentrums.

Privates Engagement

Da die Zukunft der Innenstädte nicht alleine Aufgabe der öffentlichen Hand ist, setzt das Programm auf ein verstärktes privates Engagement und eine Optimierung der Zusammenarbeit. Über die Anforderungen und Möglichkeiten öffentlich-privater Kooperationen informierten in der Veranstaltung Herr Wilhelm Hofmann, Sachgebietsleiter Städtebau bei der Regierung von Schwaben und Frau Christine Schweiger, Projektleiterin in der Obersten Baubehörde. Auf Basis eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes soll Funktionsverlusten, insbesondere dem Leerstand von Läden und Wohnungen aktiv entgegengewirkt werden. Ein Einzelhandelskonzept zum Erhalt und Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels spielt dabei eine maßgebliche Rolle, wie Herr Dr. Heider, Büro für Standort-, Markt- und Regionalanalyse darstellte.

Außerdem werden die Aktivitäten von Leben findet Innenstadt von einem landesweiten Netzwerk aus 12 Kooperationspartner unterstützt. Herr Alois Englmaier, Referent für Kommunalkunden im Sparkassenverband Bayern zeigte im Rahmen der Veranstaltung die Kooperationsmöglichkeiten mit den Sparkassen auf, die bayernweit in einigen Programmgebieten bereits erfolgreich praktiziert wird. Über die Unterstützungsmöglichkeiten der Handwerkskammer informierte Herr Wolfgang Gackowski von der Handwerkskammer Schwaben.

Kooperation

Wie unterschiedlich die öffentlich-private Kooperation ausgestaltet ist, zeigten die Erfahrungsberichte aus den sieben Programmstädten. So engagieren sich in Marktoberdorf die privaten Akteure im neu gegründeten Verein „IG Mitten in Marktoberdorf". In Mindelheim konnte zu Programmbeginn an einen Beteiligungsprozess zur Leitbildentwicklung angeknüpft werden. Die bereits seit 2006 im Modellvorhaben ‚Leben findet Innenstadt' aktive Stadt Kaufbeuren hat ihre Kooperationsaktivitäten auf weitere Teile der Innenstadt ausgeweitet. Neuer Schwerpunkt ist das Quartier um das im Bau befindliche Kaufbeurer Stadtmuseum.

Den schwäbischen Teilnehmerstädten standen seit Programmstart im Herbst 2008 im Programm ‚Aktive Stadt- und Ortsteilzentren' insgesamt 3, 7 Mio. staatliche Fördermittel zur Verfügung. Das Programmvolumen für ganz Bayern 2008/2009 lag bei 30 Mio. . Angesichts der nach wie vor hohen Investitionsbedarfe in den Zentren zeichnet sich für das Programmjahr 2010 eine Aufstockung des Programms ab. Das Programm ‚Aktive Stadt- und Ortsteilzentren' hat ein Laufzeit von 8 Jahren und endet 2015. ❐

leben findet innen stadt .de

Das Logo der Initiative. ❐

Kerler GmbH:

Qualität und Service als oberste Maximen

Ein attraktives Preis-Leistungs-Verhältnis, verbunden mit individuellem Kundenservice: Dafür steht das Familienunternehmen Kerler GmbH, das sich äußerst erfolgreich dem Vertrieb hochwertiger textiler Produkte, egal ob bedruckt, bestickt, bestrasst oder gewoben, widmet.

Vom Firmensitz in Kißlegg und München steuert Geschäftsführer Josef Kerler die drei Niederlassungen und sieben Verkaufsbüros in Deutschland, Österreich (Wien) und der Schweiz (Zürich). Weltweite Beschaffung und professionelle Logistik sorgen für zuverlässige Versorgung, Liefersicherheit und Termintreue.

Werbebotschaften

Gut sichtbare Logos, Motive und Produktabbildungen sind attraktive Werbebotschaften, Corporate Fashion signalisiert Stolz und Zugehörigkeit und rückt Unternehmen, Personen, Produkte oder Veranstaltungen wirkungsvoll in den Mittelpunkt. Mittlerweile zählen zahlreiche Städte, Gemeinden, Ministerien und Ämter zum Kreis der Kunden der Kerler GmbH. Da es mittlerweile „in" ist, dass Bürgermeister die Neugeborenen der Gemeinde begrüßen, sind Babytücher, auf denen beispielsweise „Ich bin ein Kißlegger" sehr gefragt. Neu ist die T-Shirt-Linie in modischen Farben. Die Shirts sind bestrasst mit Städtenamen oder der verheißungsvollen Aussage „Einzelstück".

Auch Drogeriemarktketten, Parteien und Verbände vertrauen auf die Beratungs- und Produktqualität von Kerler. Sogar Unternehmen wie das KaDeWe in Berlin zählen zu seinen Kunden.

Firmengründer Josef Kerler startete 1999 mit der Herstellung und dem Verkauf von individuell gefertigten Krawatten und Seidentüchern. Schritt für Schritt erweiterte er sein Sortimentangebot zu einem umfangreichen Textilprogramm. Mit innovativen und einzigartigen Produkten wie dem geschützten System der Rucksack-Tragetasche hat Kerler Meilensteine gesetzt. Diese Tragetasche lässt sich durch Lösen von zwei Druckknöpfen mit einem Handgriff zum Rucksack umfunktionieren. Die Tasche selbst ist in verschiedenen Qualitäten, Farben und Größen lieferbar.

Dieses Produkt hat Kerler ursprünglich für die Bäcker als „Brot"-Rucksack entwickelt bzw. auf den Markt gebracht. Speziell für Kinder gibt es diese Rucksäcke auch zum Bemalen bzw. zum Ausmalen. Der Kinder-Rucksack ist aus 100 Prozent Baumwolle und kann mit einem beliebigen Motiv oder auch mit Logo versehen werden. Heute liefert Kerler jedem Kunden am Standort seiner Filialen die dazugehörenden Adressen der Kindergärten mit Telefonnummer, auf Wunsch auch die Anzahl der Kinder und übernimmt hierzu den Versand, einschließlich der Logistik.

Weiterentwickelt wurde daraus die erste Rucksack-Tragetasche mit aktiver Kühlung für temperaturempfindliche Waren. Das Unternehmen vertreibt aber auch konventionelle Baumwoll-Tragetaschen, z. B. 500 Stück einfarbig bedruckt zum Preis von 360 Euro zzgl. MwSt. und Film. Kerlers erste Innovation in 2010 sind Regenschirme mit Strass-Sternenhimmel und individuellem Logo. Ab dem Frühjahr werden sie überall zu sehen sein.

Kerler verwendet ausschließlich hochwertige Materialien. Das Unternehmen ist Ökotex Standard 100 zertifiziert, das weltweit einheitlich, sicher und transparent Textilien auf Schadstoffe prüft. Die Bestickungen setzen Logos und Motive detailgetreu und exakt um. Die Kunstmotive für Seidentücher und Krawatten werden farbgenau wiedergegeben und sind sorgfältig gedruckt oder gewebt. Umfassende Beratung steht bei Kerler an oberster Stelle der Serviceleistungen. Dazu zählen neben der Assistenz bei der Auswahl und der Zusammenstellung passender Bekleidung und Accessoires vor allem die individuelle Abstimmung bei der Platzierung und Umsetzung des jeweiligen Logos und Motivs. Darüber hinaus entlastet das Unternehmen seine Kunden in organisatorischen Angelegenheiten.

Hoher Aktionsradius

Kerlers Produkte sind nahezu konkurrenzlos, der Aktionsradius immens. So hatte Josef Kerler die Rechte für alle Merchandisingprodukte bei der Fernsehsendung „Musikantenstadl" sowie für verschiedene Fernsehproduktionen inne. Zudem lieferte das Unternehmen die Rucksacktragetaschen für die Bundesregierung beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Bedruckt waren die Taschen mit „Germany – land of ideas". Für die Fußball-WM 2006 in Deutschland wiederum produzierte Kerler die Rucksacksitzkissen. **DK**

Ausgewogene...

(Fortsetzung von Seite 1)
Dies setzt in einer auch für den Staatshaushalt äußerst schwierigen Zeit ein Zeichen für eine dauerhafte strukturelle Verbesserung der Kommunalfinanzen.

Daneben werden die Mittel für die Investitionsförderung auf hohem Niveau fortgeführt. Es wird damit die Grundlage geschaffen, dass die Kommunen tatkräftig investieren und so Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzen können.

Angesichts der äußerst schwierigen Lage, die der Staatshaushalt zu meistern hat, ist die Bereitstellung von zusätzlichen staatlichen Mitteln in Höhe von 60 Mio. für den kommunalen Finanzausgleich 2010 eine nicht zu unterschätzende Leistung. Der kommunale Finanzausgleich 2010 trägt daher wesentlich dazu bei, dass die bayerischen Kommunen in der Lage sind, die Folgen der Krise zu bewältigen und durch ihre Investitionen konjunkturbelebende Impulse zu geben.

2. Harmonischer Ausgleich der Kommunalfinanzen

Schon seit längerer Zeit sind verschiedentlich kritische Stimmen - vornehmlich aus Oberbayern - zu vernehmen, die die Ausgleichswirkung des Finanzausgleichs für zu stark halten. Eines ist richtig: Das System des kommunalen Finanzausgleichs ist auf einen starken landesweiten Ausgleich eingestellt, um in allen Teilen Bayerns, auch den weniger steuerstarken, eine gleichwertige Erfüllung der öffentlichen Aufgaben zu sichern. Vor allem auf der Ebene der Landkreise zeigt sich diese sehr starke Ausgleichswirkung. Dass diese Ausgleichsfunktion für steuerstärkere Kommunen nicht immer erfreulich ist, ist nachvollziehbar. Über die richtige Stärke des Ausgleichsgrades kann man politisch streiten. Erforderlich ist jedoch stets die sorgfältige Abwägung der Belange der steuerstärkeren und der steuerschwächeren Gebiete in Bayern – nur dann lässt sich ein insgesamt ausgewogener Ausgleich verwirklichen.

Mit einer verfassungswidrigen Nivellierung oder gar Übernivellierung des Ausgleichssystems haben wir es jedoch nicht zu tun. Das Finanzministerium beobachtet die Ausgleichswirkung des kommunalen Finanzausgleichs laufend. Ob eine Übernivellierung vorliegt, kann man jedoch nicht allein anhand der Platzziffer bei der „Finanzkraft“ beurteilen, wie dies immer wieder behauptet wird. Den Finanzkraftbegriff sollte man nicht überstrapazieren. Für die Experten unter den Leserinnen und Lesern der Gemeindezeitung sei hier ein kleiner Ausflug in die Tiefen des Finanzausgleichs gestattet:

Statistische Hilfsgrößen

Die Finanzkraft ist eine finanzstatistische Hilfsgröße. Sie soll eine relativ einfache und vergröberte Kennziffer der finanziellen Situation einer Kommune nach Durchführung des Finanzausgleichs sein. Die Finanzkraft errechnet sich auf der Ebene der Landkreise aus der Summe der nivellierten Umlageeinnahmen und der Landkreis-Schlüsselzuweisungen abzüglich der tatsächlichen Bezirks- und Krankenhausumlage. „Nivellierte Umlageeinnahmen“ bedeutet, dass dem Landkreis nicht die tatsächlichen Einnahmen aus der Kreisumlage zugerechnet werden, sondern Einnahmen, die er unter Anwendung eines landesdurchschnittlichen Kreisumlagensatzes erzielen würde. Dies hat den Zweck, bei der Berechnung des Finanzausgleichs individuelle Umlagesatzentscheidungen nicht zu Gunsten oder zu Lasten der übrigen Landkreise einfließen zu lassen. Die den Landkreisen zugerechneten Einnahmen entsprechen daher i. d. R. nicht genau ihren tatsächlichen Einnahmen. Mit der Festsetzung eines überdurchschnittlichen Umlagesatzes können Einnahmen erzielt werden, die nicht in die Finanzkraft einfließen. Andere Einnahmen der Landkreise etwa aus dem Grunderwerbsteuerverbund gemäß Art. 8 FAG werden überhaupt nicht in die Finanzkraft eingerechnet.

Der Staat kann schon deshalb nicht garantieren, dass die Finanzkraftreihenfolge der Reihenfolge der Umlagekraft entspricht, weil die sich auf die Finanzkraft auswirkende Bezirksumlage von jedem einzelnen Bezirk individuell festgesetzt wird.

Das Finanzministerium achtet darauf, dass das Finanzausgleichssystem so eingestellt ist, dass einem Landkreis bei durchschnittlicher Kreisumlage von einer Steigerung seiner Umlagegrundlagen nach Durchführung des Finanzausgleichs (Schlüsselzuweisungen, Krankenhausumlage, durchschnittliche Bezirksumlage) noch ein Gewinn verbleibt. Umgekehrt bedeutet dies, dass bei einer sinkenden Umlagekraft des Landkreises - unter Anlegung jeweils eines landesdurchschnittlichen Kreis- und Bezirksumlagesatzes - nicht alle Nachteile ausgeglichen werden.

In der Vergangenheit wurde die Ausgleichswirkung des Finanzausgleichs auf der Landkreisebene, die sich mit den steigenden Bezirksumlagehebesätzen erhöht hatte, deshalb bereits zweimal gesenkt: Durch das Finanzausgleichsänderungsgesetz 1995 wurde die Ausgleichsquote für die Landkreis-Schlüsselzuweisungen von 60 % auf 55 % abgesenkt. Mit dem Finanzausgleichsänderungsgesetz 1999 erfolgte eine erneute Absenkung des Ausgleichssatzes von 55 % auf 50 %.

Die Wirkungen des Finanzausgleichs auf der Kreisebene waren Gegenstand der Popularklage oberbayerischer und schwäbischer Kommunen vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof 2005. Der Verfassungsgerichtshof hat diese starke Ausgleichswirkung geprüft und nicht beanstandet. Er sah darin keine verfassungswidrige (Über-) Nivellierung. Seither hat sich die Sachlage nicht geändert.

3. Anforderungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

Der Verfassungsgerichtshof hat in dieser Entscheidung dem Gesetzgeber lediglich die Schaffung neuer Verfahrensregeln für die Entscheidung über eine sachgerechte Gesamtausstattung des kommunalen Finanzausgleichs aufgegeben. Die einzelnen Ausgleichsinstrumente des Finanzausgleichs hielt er hingegen für nachvollziehbar und hat sie nicht beanstandet.

Dem Auftrag zur Schaffung eines neuen Entscheidungsverfahrens ist der Freistaat fristgerecht nachgekommen; die neuen Verfahrensregeln gelten seit dem 1.1.2010. Das Gesetz trägt den Vorgaben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Rechnung:

Zukünftig werden dem Landtag bei den jährlichen Haushaltsberatungen sehr aussagekräftige und anschauliche Übersichten zum Vergleich der Entwicklung der Haushalte von Freistaat und Kommunen vorliegen, die wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden entwickelt haben. Zusätzlich wurde dem Wunsch des Verfassungsgerichtshofs nach einer datengestützten Schätzung der verbliebenen „freien Spitze“ der Gemeinden Rechnung getragen. Man kann jetzt erkennen, wie sich das Ausmaß der frei verfügbaren Mittel der Gemeinden im Lauf der Jahre verändert.

Klare Hilfen

Die Darstellung dieser Entscheidungsgrundlagen wird zukünftig fester Bestandteil des Entwurfes des jährlichen Finanzausgleichsänderungsgesetzes. Damit werden den Entscheidungsträgern klare Hilfen an die Hand gegeben, um zu beurteilen, ob die Verteilung der Finanzmittel zwischen Staat und Kommunen gerecht ist oder nicht.

Erfolgsaussichten für ein erneutes gerichtliches Vorgehen, das von einigen oberbayerischen Landkreisen offenbar angestrebt wird, sehe ich daher auch aus diesem Blickwinkel nicht.

Aber auch ganz unabhängig von den konkreten rechtlichen Klageaussichten halte ich es für nicht besonders hilfreich, gegeneinander vor Gericht zu ziehen: Der Freistaat ist ein fairer Partner der Kommunen. Das Gespräch und das Miteinander haben uns in der Vergangenheit so erfolgreich gemacht - diesen Weg sollten wir gerade jetzt in schwieriger Zeit nicht verlassen. ❐

LEP auf dem...

(Fortsetzung von Seite 1)
nunmehr der Auftrag an die Ministerien gegeben, Vorschläge zu einem neuen LEP zu unterbreiten, betonte der Ausschussvorsitzende. Bis Mitte des Jahres soll Klarheit darüber bestehen, ob und in welchem Umfang das Gesetz geändert wird. Bis Ende 2010 ist geplant, der Staatsregierung einen Entwurf vorzulegen. 2011 soll dieser in die allgemeine Anhörung und ab 2012 in den Antrag gehen.

„Planeritis“

Nochmals untermauerte Huber seinen Vorschlag, die regionalen Planungsverbände auf den Prüfstand zu stellen. Sie arbeiteten zu bürokratisch und erschwerten mit ihrer wenig überschaubaren „Planeritis“ öffentliche und private Investitionen, so Hubers Kritik. Zudem sei die Zahl ihrer originären Aufgaben sehr beschränkt. Das LEP erteile z. B. Aufträge, in den Regionalplänen für bestimmte Belange wie Bodenschätze, Natur und Landschaft Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete auszuweisen.

„Vor dem Hintergrund des Wunsches nach Beschleunigung sollte man schon überlegen, ob man dieses Instrumentarium noch braucht“, meinte Huber. Hinzu komme, dass sich ausgehend von der EU neue sozio-strukturelle Einheiten wie die Metropolregion Nürnberg gebildet haben. In diesem Zusammenschluss, der über keine feste Struktur verfüge und in der keine administrativen Aufgaben angesiedelt seien, werde sehr aktiv gearbeitet. Anliegen würden gemeinsam formuliert und die interkommunale Zusammenarbeit organisiert. Auch gebe es die Europaregionen in verschiedenen Ausprägungen, fuhr der Landtagsabgeordnete fort. Diese könnten noch bedeutsamer werden, „wenn die EU die künftige Förderpolitik möglicherweise mehr noch auf die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg orientiert“.

Die Regionalen Planungsverbände sehen dies freilich anders: Ihrer Meinung nach handelt es sich bei ihrem Zusammenschluss um einen Teil kommunaler Mitsprache am LEP. Die originären Aufgaben dürften nicht in die Hände staatlicher Behörden und Bürokraten fallen. Man sollte durchaus überlegen, ob man diese Ebene nicht doch auch weiterhin benötige.

In der anschließenden Diskussion waren sich MdL Huber und die KPV-Vertreter darin einig, dass man ein LEP zwar braucht, dieses aber verschlankt werden sollte. Es bestehe Handlungsbedarf, wobei bestimmte Leitlinien verfolgt werden müssten. Ad-hoc-Entscheidungen seien fehl am Platze. Auch künftig werde eine weitere kommunale Ebene benötigt. Zudem sei auf das Subsidiaritätsprinzip zu achten, sprich die Verantwortung müsse so weit wie möglich nach unten verlagert werden. Huber lud die Kommunalpolitiker „herzlich dazu ein, sich intensiv am Diskussionsprozess zu beteiligen“.

Als „ein Problem, das nach wie vor in einzelnen Kommunen besteht, in das aber schon einige Entspannung eingekehrt ist“, bezeichnete KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle das Thema Breitbandnutzung. Wie Erwin Huber in seinem Sachstandsbericht erläuterte, „wollen wir bis Ende 2011 flächendeckend in Bayern ein schnelles Internetangebot in einer technischen Ausstattung von einem Megabit pro Sekunde vorweisen können“. Die jetzige Struktur soll weiter vorangetrieben werden.

Das geltende Förderprogramm läuft Ende 2011 aus. Bislang seien etwa 230 Förderbescheide ergangen. Huber: „Bei allen Regierungen liegt eine Reihe von Anträgen, so dass wir davon ausgehen, dass die 47 Millionen Euro bis Ende 2011 auch aufgebraucht sein werden.“ Im Klartext heiße das: „Es ist eine relativ gute Entwicklung in Gang gekommen.“

Überlagert werde diese bayernweite Entwicklung von Zukunftsvisionen, die auf Bundesebene verbreitet werden, so Huber. Das Zauberwort laute NGN - Next Generation Network. Das Bundeswirtschaftsministerium plane bis zum Jahr 2018, der gesamten Bevölkerung einen Internet-Zugang von bis zu 50 Megabit zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, seien Investitionen im hohen zweistelligen Milliardenbereich erforderlich. Hierbei seien nicht nur der Ausbau der Festnetzleitungen gemeint, sondern auch die der Mobilfunknetze.

Huber machte deutlich, „dass diese beiden Modelle nicht in Konkurrenz zueinander stehen“. Das bayerische Projekt müsse konsequent fortgeführt werden, sich auf NGN zu kaprizieren, sei nicht zielführend. „Wir brauchen jetzt die Versorgung“, hob Huber hervor, der abschließend darauf hinwies, „dass für die Ausstattung eines mittelständischen Betriebs bereits fünf bis sechs Megabit voll ausreichend sind“. **DK**

Klare Absage an...

(Fortsetzung von Seite 1)
die letzten Jahre gezeigt, wie elementar die Gewerbesteuer für die Kommunen ist. Selbst im Rezessionsjahr 2009 machte die Gewerbesteuer mit 4,7 Milliarden Euro netto knapp 40 Prozent aller kommunalen Steuereinnahmen in Bayern aus. Noch höher ist der Anteil in den Großstädten: In den 25 kreisfreien bayerischen Städten beträgt die Gewerbesteuer netto 46 Prozent des Steueraufkommens.

Wie der Städtetagsvorsitzende bemerkte, benötigen die Kommunen weiterhin eine solide Steuergrundlage. „Wir wehren uns dagegen, dass auf leisen Sohlen die Gewerbesteuer Stück für Stück demontiert wird.“ Der Bayerische Städtetag appelliere an die Unionsparteien und die Kanzlerin, ihr Versprechen zu halten, dass an der Gewerbesteuer nicht gerüttelt wird. Schließlich seien die Kommunen der gewichtigste öffentliche Investor. Sie gewährleisteten einen Großteil der sozialen Leistungen und könnten ihre Aufgaben nur dann erfüllen, wenn sie verlässliche Steuereinnahmen erhalten.

Auch wenn die „Sirenengesänge der FDP“ immer wieder andere Verlockungen verhießen, so seien kommunale Zuschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer oder ein höherer kommunaler Anteil an der Mehrwertsteuer kein adäquater Ersatz, fuhr der Verbandschef fort. Man könne nicht einerseits damit werben, den Bürgern mehr im Portemonnaie zu lassen, wenn man gleichzeitig überlege, den Bürgern wieder in den Geldbeutel zu greifen - eben mit einem kommunalen Hebesatz auf die Einkommensteuer. Zwar räumte er ein, dass die Gewerbesteuer nicht ohne Fehler sei; „jedoch sind wir nicht bereit über eine Abschaffung der Gewerbesteuer zu reden, so lange nichts besseres erfunden ist“, machte der Regensburger Oberbürgermeister deutlich.

Gerade in größeren Städten bringe die Gewerbesteuer rund die Hälfte der Einnahmen, rechnete Schaidinger vor. In Regensburg etwa lag der Anteil im vergangenen Jahr bei knapp 47 Prozent, 2008 sogar bei knapp 55 Prozent. Diese zuletzt rund 80 Millionen Euro müssten im Falle einer Abschaffung ersetzt werden. Von 2008 auf 2009 reduzierten sich die Steuereinnahmen um 15 Prozent und die Gewerbesteuer im gleichen Zeitraum um 27 Prozent.

Wie Weidens Oberbürgermeister Kurt Seggewiß darlegte, betrugen die kommunalen Steuereinnahmen 2009 in der kreisfreien Stadt 40,1 Mio. Euro. Der Anteil der Gewerbesteuer lag bei knapp 40 Prozent (knapp 16 Mio. Euro). Die kommunalen Steuereinnahmen 2008 betrugen 46,4 Mio. Euro. Der Anteil der Gewerbesteuer daran war knapp 45,6 Prozent (21,1 Mio. Euro). Die Steuereinnahmen von 2008 auf 2009 sind um 18,7 Prozent gesunken; die Gewerbesteuer reduzierte sich um 24,4 Prozent.

Einbruch bei der Gewerbesteuer erwartet

Seggewiß rechnet für 2010 mit einem Gewerbesteuereinbruch von 1,6 Millionen Euro: „Weitere Einbrüche können kommen, nähere Angaben sind aber derzeit nicht möglich.“ Auf die Frage, wie Weiden den Wegfall der Gewerbesteuer kompensieren könnte, meinte der OB: „Die Einnahmen aus der Einkommensteuer und Umsatzsteuer müssten sich verdoppeln bzw. sogar noch mehr steigen, wenn die Gewerbesteuer in der Größenordnung vor der Finanzkrise zugrunde gelegt wird.“

Seggewiß' Prognose: „Die Umverteilung bei Ausschöpfung der Steuerquellen und einem adäquaten finanziellen Ausgleich bei Wegfall der Gewerbesteuer wird in letzter Konsequenz zu Lasten der Privathaushalte gehen (sprich Erhöhung von Bundes- und Landessteuern bzw. Gemeinschaftssteuern) - mit allen negativen Folgen für die Binnenkonjunktur.“

Laut Priens Erstem Bürgermeister Jürgen Seifert betrugen die kommunalen Steuereinnahmen in seiner Gemeinde im Landkreis Rosenheim vergangenes Jahr 9,9 Mio. Euro. Der Anteil der Gewerbesteuer lag bei knapp 30 Prozent (2,9 Mio. Euro). Die kommunalen Steuereinnahmen 2008 betrugen rund 10,2 Mio. Euro. Der Anteil der Gewerbesteuer war knapp 30 Prozent (3,0 Mio. Euro). Die Steuereinnahmen sanken von 2008 auf 2009 um lediglich 2,5 Prozent. Dafür sei ein breiter und ausgewogener Unternehmensmix verantwortlich. Die Gewerbesteuer betrug im Jahr 1982 rund 1,5 Mio. Euro und erhöhte sich mit einigen Ausnahmen stetig. Somit hat sie sich bis zum Jahr 2009 in etwa verdoppelt.

Wie Seifert darstellte, wird für das Jahr 2010 gegenüber 2009 bei der Gewerbesteuer mit einem Rückgang von rund 8,4 Prozent (250.000 Euro) gerechnet. Der Rückgang der gesamten Steuerreinnahmen wird mit 7,5 Prozent (750.000 Euro) geschätzt. Hinzu komme auf der Ausgabenseite eine gegenüber dem Vorjahr 2009 um rund 500.000 Euro gestiegene Kreisumlage. Sollte die Gewerbesteuer in Frage gestellt werden, „würde dies meine Gemeinde, die sich jetzt noch in einer relativ glücklichen Lage befindet, auch treffen“, meinte Seifert. Die Steuer- und Finanzhoheit der bayerischen Kommunen würde ausgehöhlt, der erste Schritt zu deren „Ent-Selbstständigung“ gemacht. **DK**

Zahlen für Bayern

Die Steuereinnahmen der bayerischen Kommunen sind 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 9 Prozent eingebrochen. Damit lagen 2009 insgesamt die kommunalen Steuereinnahmen bei 11,9 Mrd. Euro, das sind 1,2 Mrd. Euro weniger als 2008. Das Gewerbesteueraufkommen (4,7 Mrd. Euro) ist netto um fast 17 Prozent bayernweit eingebrochen. Die gemeindliche Einkommensteuerbeteiligung (5,1 Mrd. Euro) liegt um 4,6 Prozent niedriger als im Vorjahr. Besonders hart hat es hierbei die Großstädte getroffen. **DK**

Werner Bumeder neuer KPV-Landesgeschäftsführer

In CSU-Kreisen alles andere als ein unbeschriebenes Blatt ist der neue KPV-Landesgeschäftsführer Werner Bumeder, der vom Landesvorsitzenden Stefan Rößle herzlich im Kreise der kommunalen Familie begrüßt wurde.

Der 42-jährige Agraringenieur aus dem niederbayerischen Mamming, Landkreis Dingolfing-Landau, begann vor 20 Jahren seine berufliche Karriere in der CSU-Landesleitung. Dort hatte er mehrere Funktionen inne. Neben den Fachbereichen Landwirtschaft, Umwelt, Energie und Verbraucherschutz sammelte Bumeder im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und seit 2001 als Leiter der Außenorganisation eine Vielzahl an wertvollen Erfahrungen.

Mit 16 Jahren trat der neue KPV-Landesgeschäftsführer der Jungen Union bei und kurze Zeit später auch der CSU. Als Orts- und Kreisvorsitzender der JU wurde Bumeder 1990 in den Gemeinderat von Mamming gewählt, 1996 schaffte er auch den Einzug in den Kreistag von Dingolfing-Landau. In beide Gremien wurde Bumeder im März 2008 wieder gewählt und übt als Fraktionsvorsitzender der Jungen Bürger im Kreistag und als 2. Bürgermeister in Mamming weitere Aufgaben aus. 2008 war er Landtagskandidat auf der Niederbayern-Liste.

Nach eigenem Bekunden hat der dreifache Familienvater großes Gefallen an der Kommunalpolitik gefunden. „Ich freue mich auf die Aufgabe als Landesgeschäftsführer der KPV“, versicherte Bumeder. Er werde all seine Kraft dafür aufbringen, „damit die KPV eine leistungsstarke Gruppe innerhalb der CSU bleibt“. **Text & Bild: DK**

„Energiesparfüchse“ werden immer mehr

E.ON Bayern Vertrieb startet Energiespar-Tour zu 200 Stationen im Freistaat

Regensburg. (osr) „Durch unübersehbare Klimaveränderungen, Umweltstudien und die damit verbundenen öffentlichen Diskussionen spüren wir seit einiger Zeit ein deutlich wachsendes Interesse am Energiesparen. Die Menschen haben verstanden, dass ihr Verhalten Einfluss auf die Entwicklung unserer Umwelt und unseres Klimas hat.“ Mit dieser Aussage gaben die beiden Geschäftsführer von E.ON Bayern Vertrieb, Max Binder und Otmar Zisler, den Startschuss für die Energiespartour 2010, auf der bei 200 Terminen im Freistaat bis zu 200 000 Menschen zum sparsamen Umgang mit Energie bewegt werden sollen.

Ein Schlüssel zur Lösung drängender Umweltprobleme liege im effizienten Umgang mit Energie. „Dazu müssen alle ihren Beitrag leisten“, begründete Max Binder das Engagement der E.ON Bayern Vertrieb.

Gewaltige Einsparpotenziale

Die Energiespar-Potenziale sind laut Binder gewaltig. Ein Großteil dieser Potenziale liege in der Verhaltensweise der Menschen. „Um diese zu ändern, bedarf es intensiver Beratung. Dem dient auch unsere Energiespartour“, so Binder. Das Unternehmen setzt vier modern ausgestattete Energiemobile ein – immer mit an Bord sind qualifizierte Energiefachberater.

Den Industrie- und Gewerbekunden stehe E.ON Bayern Vertrieb nicht nur bei der Beschaffung ihrer Energie zur Seite, sondern trage mit seinem Know-how dazu bei, deren innerbetrieblich Abläufe im Hinblick auf den Energiebedarf zu optimieren.

Leuchtturmprojekt Allianz Arena

Binder wörtlich: „Wenn man alle Sparmöglichkeiten ausreizt, schlummern in einzelnen Industriebetrieben Einsparpotenziale von bis zu 30 Prozent.“ Ein „leuchtendes Projekt“ in dieser Hinsicht sei die Münchner Allianz Arena. Ein Effizienzgutachten hat bei diesem neuen Stadion ein Sparpotenzial von einer Million Kilowattstunden im Jahr zu Tage gefördert.

„Die Erfolge 2009 machen uns Mut, die Tour in diesem Jahr fortzusetzen“, sagte Otmar Zisler, der für Privat- und Geschäftskunden zuständig ist. Erreichen wolle man insbesondere auch Kinder und Jugendliche mit eigens entwickelten Lernkonzepten. Wie eine Studie ergeben hat, verursachen sie im Durchschnitt 157 Euro Stromkosten pro Jahr. „Wir müssen die kommenden Generationen früh für den effizienten Umgang mit Energie sensibilisieren.“

Kundenbindung

Neben der gesellschaftlichen Relevanz spielt beim Energiesparen auch die Kundenbindung eine wichtige Rolle. „In allen Segmenten erwarten die Kunden heute eine fundierte Beratung“, betonten die Geschäftsführer. Energiesparen sei ein erfolgreicher Weg, um Kosten zu senken, den E.ON Bayern Vertrieb zusätzlich mit speziellen neuen Tarifen begleitet.

Im Energiemobil kann man schwarz auf weiß ablesen, wie ein durchschnittlicher Haushalt bis zu 150 Euro im Jahr sparen kann. Professionelle Energieberater stehen mit Rat und nützlichen Tipps bereit. An interaktiven Stationen können Besucher interessante Einblicke in die facettenreichen Einsparpotenziale im Haushalt gewinnen und zum Abschied erhalten sie kostenlose Informationspakete, Orte und Termine der Energiespar-Tour unter www.eon-energiesparen.de ❐

VR-Bank Würzburg:

Hauptsponsor der Jugendbuchwochen

Die VR-Bank unterstützt in diesem Jahr die Jugendbuchwochen der Stadtbücherei als Hauptsponsor mit 2.500 Euro. Die Jugendbuchwochen finden vom 1. bis 19. März statt und laden zu rund 60 Veranstaltungen und einer Rätselrallye ein. Mit diesem vielseitigen Programm rund um die Kinder- und Jugendliteratur erreicht die Bibliothek alljährlich 5000 Kinder und Jugendliche, darunter über 200 Schulklassen.

Ausführliche Infos zum Programm auf der Homepage der Stadtbücherei: www.stadtbuecherei-wuerzburg.de ❐

Bayerische Genossenschaften:

Agrartag in Augsburg

„Was Bayerns Bauern brauchen, ist eine größere Wertschätzung der Landwirtschaft und ihrer Erzeugnisse.“ Das forderte Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, vor rund 1.000 Teilnehmern des genossenschaftlichen Agrartags in Augsburg.

Abwärtsspirale

Die Liberalisierung der Agrarmärkte und die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs bewirken eine Abwärtsspirale der Erzeugerpreise bei steigenden Betriebskosten. Diese Entwicklung wird dadurch verstärkt, dass die kleinen und mittleren Erzeuger einem immer übermächtiger werdenden Handel und Gewerbe gegenüberstehen. „Nur durch überbetriebliche Zusammenarbeit kann diesem ruinösen Wettbewerb entgegengewirkt werden“, so der Verbandspräsident. Geeignetes Instrument hierfür sei die genossenschaftliche Unternehmensform. Genossenschaften tragen seit jeher zur Kostensenkung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bei. Über 60.000 Menschen aus der Land- und Forstwirtschaft sind Mitglied einer der 1.142 bayerischen Genossenschaften und genossenschaftlichen Unternehmen.

Elementare Funktionen

Neben der Nahrungsmittelproduktion sind die Herstellung nachwachsender Rohstoffe und die Landschaftspflege elementare Funktionen der Landwirtschaft. Götzl: „Vor allem die dritte Säule findet in der öffentlichen Diskussion nicht ausreichend Beachtung.“ Mehr als 80 Prozent der Fläche Bayerns werden land- und forstwirtschaftlich genutzt. Damit stelle die Erhaltung des Kulturraums eine der wichtigsten öffentlichen Leistungen dar, so der Verbandspräsident. Deshalb brauche seine Pflege einen messbaren Marktwert.

Götzl sieht hier Handlungsbedarf: „Die Landwirte müssen bei Aufgaben, die sie für das Allgemeinwohl erfüllen, von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Diese Leistungen kann es nicht zum Nulltarif geben.“ Er begrüßt daher, dass die EU-Agrarpolitik die Erhaltung der Kulturlandschaften in einem aktuellen Bericht des Instituts für europäische Umweltpolitik thematisiert. Das mache Hoffnung, dass diese in Bayern auch für künftige Generationen erhalten bleiben. ❐

Neu in der Familie:
die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Jetzt neu von E.ON Bayern: die E.ON EnergieSpar-Sanierung. Wir übernehmen die energetische Sanierung Ihres Hauses und bieten Ihnen ein „Rundum-sorglos-Paket” aus Analyse, Konzept, Fördermittelcheck, Ausschreibung, Bau- und Qualitätsüberwachung.

Alles aus einer Hand!

Komplett und kompetent für Sie realisiert von Ihrem persönlichen E.ON EnergieSpar-Berater.

Wir informieren Sie gerne: **T 0180 - 2 15 14 15*** oder **www.eon-bayern.com/sanierung**

*6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.

Machen Sie jetzt den **kostenlosen Kurz-Check** im Internet

e·on | Bayern

Banken und ihre gesellschaftliche Verantwortung:

Lehren aus der Krise

Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung in München

Die Diskussion um Konsequenzen der Wirtschafts- und Finanzkrise für den Finanz- und Kapitalmarkt ist kontrovers. Deutlich trat dies auch bei einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung im Münchner Konferenzzentrum zu Tage, wo Experten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterschiedlichste Fragestellungen erörterten.

Nachdem Dr. Peter Witterauf, Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, eingangs vor allgemeinen Pauschalisierungen der Kreditinstitute gewarnt hatte, gleichzeitig jedoch sein Unverständnis gegenüber bereits wieder hoch ausgezahlten Boni, dem Widerstand gegen eine finanzpolitische Regulierung und einer weiterhin problematischen Anlageberatung äußerte, skizzierte Erwin Huber, Staatsminister a. D. und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Bayerischen Landtags, vier Ursachen für die globale Finanzkrise: Erstens die Verselbstständigung des internationalen Finanzsektors, ausgelöst durch das Ziel einer kurzfristigen Gewinnmaximierung und damit verbunden einer Unterbewertung von finanziellen Risiken, in deren Folge undurchschaubare Finanzprodukte auf den Markt geworfen worden sind. Zweitens ein falsches Anreizsystem, das Anlageberater unvorsichtig gegenüber Risiken hat werden lassen. Drittens eine zu geringe Eigenkapitaldecke der Banken und viertens das Fehlen einer internationalen Finanzaufsicht bei gleichzeitiger Überforderung nationaler Kontrollinstitutionen.

Zugleich betonte Huber, dass eine singuläre Schuldzuweisung an die Banken nur vordergründig sei: „Die wahre Ursache ist nicht eine temporäre Fehlspekulation, sondern insgesamt eine Entwicklung, die seit möglicherweise mehr als zwei Jahrzehnten in Europa, auch in Deutschland vorherrschend ist, nämlich die der kurzfristigen Profitmaximierung. Sie ist zum Leitbild geworden."

Verlorenes Vertrauen

Das Problematische an dieser Krise sei, dass sie nicht nur auf den Bereich der Finanz- oder Realwirtschaft beschränkt ist, sondern sich mittlerweile zu einer fundamentalen Vertrauenskrise ausgeweitet habe, erläuterte Huber. Dies manifestiere sich an einer insgesamt sinkenden gesamtgesellschaftlichen Zustimmung der Bürger zur Marktwirtschaft. Um das Vertrauen wieder herzustellen, müssten die Banken sich wieder auf die eigentlichen Ziele des Wirtschaftens, nämlich Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit konzentrieren.

Da die Krise globale Auswirkungen hatte, bedarf es Huber zufolge neben einer institutionellen Kontrolle durch den Staat zugleich einer internationalen Regulierung durch die G-20 Staaten und die EU. Da der Staat nur über limitierte Kontrollmöglichkeiten verfüge, sei „das eigenverantwortliche Handeln der Banken" von besonderer Bedeutung. Dies impliziere eine strategische, organisatorische und personalwirtschaftliche Selbstverantwortung, sprich mehr Eigenkapital der Banken zur besseren Risikoabsicherung, ein besseres Risikomanagement durch sorgfältigere Angebotsüberprüfung, eine bessere Liquiditätssteuerung sowie eine Reform des Vergütungssystems insgesamt.

Die Frage nach einer wie auch immer gearteten Moral in der Bankenwelt beleuchtete der Priester und Moraltheologe Prof. Dr. Peter Schallenberg. Er machte deutlich, dass Moral immer eine Frage des Gewissens ist und der Mensch als Gemeinschaftswesen zu sehen ist, das in gute Beziehungen zu Anderen treten will. Die Banken spielten in der Beziehungswelt eine zentrale Rolle, da sie dem Menschen ein gutes Leben ermöglichen sollen, dies aber nicht aus reinem Selbstzweck im Sinne einer kurzfristigen Profitmaximierung. Demzufolge hänge Moralität in der Bankenwelt auch davon ab, „dass die Institutionen, die Spielregeln, angefüllt sind mit einer kontrollierbaren Ethik des Austausches und des Wirtschaftslebens".

Gründe für Finanzmarktkrise

Der Vorstand des Instituts für Kapitalmarktforschung und Finanzierung der Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Bernd Rudolph, skizzierte aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht vier Gründe für die Finanzmarktkrise: Politikversagen, Regulierungsversagen, Marktversagen und Managementversagen. Das Politikversagen begründet sich Rudolph zufolge auf einer Vermischung von Sozialpolitik und Kapitalismus, wodurch die Banken, gedrängt durch sozialpolitische Vorstellungen der Politik, zu einer äußerst risikoreichen Kreditvergabe forciert wurden, ohne jedoch entsprechendes Eigenkapital zu besitzen. Als Hauptpunkt der Finanzkrise deutete Rudolph die Fehlregulierung bei der unternehmenseigenen Eigenkapitalquote, die jedoch als Puffer gegen etwaige Verluste dienen sollte. „Hier sind richtige, handwerkliche Fehler begangen worden", kritisierte der Professor das Bankmanagement, dessen Verantwortung er in der finanzpolitischen Gegensteuerung sieht.

Gegen Regulierung

Generell betrachtete Rudolph Forderungen nach einer konsequenten Regulierung der Banken- und Kreditinstitute eher skeptisch. Vielmehr plädierte er für eine Stärkung des bankeninternen Managementbereiches gegenüber zu detaillierten Vorschriften. Schließlich könne Verantwortung nicht an einen Regulierer abgegeben werden.

Der Vorstandssprecher der HypoVereinsbank München, Dr. Theodor Weimer, stimmte zum Abschluss MdL Huber insofern zu, als in der Finanzwirtschaft eine Re-Fokussierung auf Nachhaltigkeit im Sinne des „ehrlichen Kaufmannes" vonnöten ist.

Institutionalisierte Regeln und moralische Kategorien für Vorstände und Bankenmitarbeiter, die eine Verpflichtung auf Gewissen und Vernunft mit sich bringen, seien hierbei unerlässlich.

Als seine zentrale Erkenntnis aus der Finanzkrise bezeichnete Weimer den Umstand, dass das finanzwirtschaftliche System leider die Fähigkeit habe, das gesellschaftliche System zu kippen. Infolge der finanziellen und politischen Bewältigung der Krise sei der Staat zum größten Rückversicherer überhaupt geworden.

Laut Weimer muss ein neues finanzwirtschaftliches System geschaffen werden, das wieder näher an die Realwirtschaft heranrückt. Deshalb plädierte er für die Schaffung eines Regelwerks durch die G-20 Staaten. Damit sollen die Banken zu einer höheren Eigenkapitaldecke gezwungen und zugleich der Turbo-Kapitalismus global eingedämmt werden. **DK**

Investkredit Kommunal Bayern:

Ab sofort bayerische Schulverbände antragsberechtigt

Die BayernLabo hat entschieden, auch für das Jahr 2010 den Investkredit Kommunal Bayern, in Zusammenarbeit mit der KfW, weiterhin zur Verfügung zu stellen.

Neben dem bisherigen Kreis der Antragsberechtigten, den bayerischen Gebietskörperschaften, den kommunalen Zweckverbänden sowie deren rechtlich unselbständigen Eigenbetrieben können jetzt auch bayerische Schulverbände nach dem BaySchFG den Investkredit Kommunal Bayern nutzen.

Mit dem Investkredit Kommunal Bayern besteht die Möglichkeit, die Zinssätze des KfW-Investitionskredit Kommunen für bestimmte Investitionen nochmals um 0,10% p.a. zu vergünstigen.

Somit können alle Investitionen rund um die Schulen wie z.B. Neubau und Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten, Sportstätten bei einem Haushaltsjahresabschnitt von bis zu 2 Mio. EUR zu 100%, darüber bis zu 50% zu außerordentlich günstigen Konditionen finanziert werden.

Eine Kombination mit anderen Finanzierungshilfen ist grundsätzlich möglich, ausgeschlossen sind Mittel aus dem Programm „KfW-Investitionskredit Kommunen - flexibel" sowie dem Konjunkturpaket II.

Weitere Informationen unter www.bayernlabo.de sowie telefonisch unter 089/2171-22045. ❐

Untersuchung von Commerzbank und Uni Leipzig:

Perspektiven von Stadtwerken

Die Commerzbank AG, Frankfurt am Main, hat in Zusammenarbeit mit dem Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management der Universität Leipzig eine Untersuchung durchgeführt, bei der die deutschen Stadtwerke zu ihrer gegenwärtigen Lage und ihren Zukunftsperspektiven befragt wurden. Mit 136 teilnehmenden Unternehmen hatte sich jedes sechste deutsche Stadtwerk beteiligt, so dass sich im Ergebnis ein guter Überblick über die aktuelle und zukünftige Situation der Betriebe zeichnen lässt.

Wie Markus Beumer, Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG, darlegt, „sieht sich die Commerzbank mit der klaren Orientierung am spezifischen Bedarf ihrer Kunden auch im Öffentlichen Sektor als kompetenter Ansprechpartner und strategischer Berater".

Spezialisierte Schwerpunktbetreuer stünden den Kommunen und kommunalen Eigengesellschaften zur Seite, um ihnen Instrumente und Dienstleistungen bereitzustellen, mit denen sie ihre finanziellen Ziele erreichen und öffentliche Aufgaben effizient erfüllen können. Ansatzpunkt dabei sei die ganzheitliche Wahrnehmung des jeweiligen Kundenbedarfs – und dazu gehöre auch, mit den aktuellen und künftigen Herausforderungen des Öffentlichen Sektors bestens vertraut zu sein. „Ein guter Grund für uns, einen engen Austausch zu pflegen mit Wissenschaft und Forschung".

Stabilisierende Säulen regionalen Wirtschaftens

Die Befragung hat gezeigt, dass Stadtwerke vor enormen Herausforderungen stehen. Sie können dabei unverkennbar als stabilisierende Säulen des öffentlichen regionalen Wirtschaftens angesehen werden. Zudem konnte festgestellt werden, dass sich die Stadtwerke den umfangreichen Veränderungen des Sektors in den vergangenen Jahren sehr dynamisch angepasst haben. Gerade von diesen Unternehmen geht eine große Innovationskraft für den öffentlichen Sektor insgesamt aus. Sie bewegen sich dabei sehr solide zwischen Daseinsvorsorge und Wettbewerb.

Die wohl größte Herausforderung für die Stadtwerke bildet die (europäische) Energiemarktliberalisierung. Des Weiteren verschiebt sich der Fokus künftig vor allem in Richtung des veränderten Verhaltens der Wettbewerber am Markt. Die Befragung hat gezeigt, dass rund zwei Drittel der Stadtwerke ihre Rolle eher als leistungsfähiger Infrastrukturdienstleister in der Region definieren. Lediglich ein Drittel der befragten Unternehmen will sich eher mit einer überregionalen Wachstumsstrategie positionieren.

Als die größten Risiken des Marktumfelds sehen die befragten Versorger das rechtliche Umfeld und besonders die Anreizregulierung, gefolgt von Risiken in der Energiebeschaffung und der wachsenden Bereitschaft der Kunden, den Anbieter zu wechseln.

Als wichtigste Auswirkung der Anreizregulierung wurden zusätzliche Berichts- und Dokumentationspflichten sowie ein Mehr an organisatorischem Aufwand und höhere Kosten genannt. Gleichzeitig gehen nur etwas mehr als zehn Prozent der Befragten davon aus, dass die Anreizregulierung auch wie geplant zu sinkenden Energiepreisen führen wird.

Starke Marke

Dennoch stellen sich die Unternehmen dem verschärften Wettbewerb durchaus selbstbewusst und setzen insbesondere auf hochwertige Dienstleistungen, Kundennähe und die Entwicklung einer starken Marke in der Region. **DK**

Kundenurteil: „Gut"

TÜV Saarland bestätigt hohe Zufriedenheit der Kunden der Versicherungskammer Bayern

München. Erneut hat der TÜV Saarland die hohe Zufriedenheit der Kunden der Versicherungskammer Bayern mit dem TÜV-Siegel bestätigt und den Versicherer mit der Note „gut" ausgezeichnet. Insgesamt 75,7 Prozent der Kunden bewerteten die Zufriedenheit mit der Versicherungskammer Bayern mit den Noten „sehr gut" und „gut".

Der TÜV Saarland hat die Kunden zudem zu folgenden Punkten, die für die Gesamtnote „gut" nicht relevant sind, genauer befragt: Freundlichkeit, Fachkompetenz, Schnelligkeit, Zuverlässigkeit sowie Schadenregulierung und Berücksichtigung der persönlichen Situation in Beratungsgesprächen. Die Noten liegen hier zwischen 1,74 und 2,06.

Am besten schnitt die Freundlichkeit der Mitarbeiter mit der Note 1,74 ab. Die Fachkompetenz bewerteten die Kunden mit 1,92, die Schnelligkeit der Berater bei der Auftragsabwicklung mit 1,94 und die Zuverlässigkeit der Versicherung ebenfalls mit 1,94.

Die Kunden fühlten ihre persönliche Situation in Gesprächen gut berücksichtigt und vergaben hierfür die Note 1,93. Die Dauer der Bearbeitungszeiten bei der Schadenregulierung bewerten die Kunden mit 2,06. „Der TÜV Saarland bestätigt erneut unsere hervorragende Positionierung als Serviceversicherer. Wir freuen uns über das gute Feedback der Kunden. Es zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind," sagt Dr. Franz Kühnel, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern. ❐

Mit Qualität und Innovationen

Kreissparkasse Augsburg wächst 2009 trotz schwierigem Marktumfeld

Augsburg – Die Kreissparkasse Augsburg legte im vergangenen Geschäftsjahr trotz eines schwierigen Marktumfelds weiter zu. Bei der Vorlage der vorläufigen Geschäftsergebnisse für 2009 zeigte sich der Vorstand zufrieden mit dem Wachstum von Bilanzsumme, Einlagen und Ausleihungen. „Mit Qualität und Innovationen haben wir es geschafft, Kunden von uns zu überzeugen, unser Geschäft auszubauen und die Kreissparkasse strategisch auf die Zukunft auszurichten", so der Vorstandsvorsitzende Richard Fank. Die Bilanzsumme wuchs um knapp 30 Millionen Euro bzw. 1,1 Prozent auf rund 2,76 Milliarden Euro. Damit nimmt die Kreissparkasse unter den 73 bayerischen Sparkassen Rang 20 ein.

Noch nie gab die Kreissparkasse so viele Kredite aus wie im vergangenen Jahr. Die Ausleihungen stiegen um 135 Mio. Euro bzw. 6,9 Prozent auf rund 2.093 Millionen Euro und übertrafen damit erstmals in der Geschichte des Kreditinstituts die historische Marke von zwei Milliarden Euro.

Das Kreditvolumen für Unternehmen und Selbstständige stieg um 8,5 Prozent auf 888 Millionen Euro. Die reinen Unternehmenskredite verzeichneten ein Plus von 13 Prozent auf 610 Millionen Euro. Das Leasing-Neugeschäft betrug 24,3 Millionen Euro.

Starker Partner

„Damit zeigen wir, dass wir als Kreditinstitut unsere gesamtwirtschaftliche Verantwortung wahrnehmen und auch in schwierigen Zeiten als starker Partner an der Seite unserer mittelständischen Kunden stehen", so Horst Schönfeld, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg. Er betont: „Eine Kreditklemme gibt es bei uns nicht. Wir haben an der Praxis unserer Kreditvergabe nichts verändert, sie unterliegt keinen Einschränkungen."

Wohnbaufinanzierung

Die Wohnbaufinanzierung, ein Kerngeschäft der Kreissparkasse, entwickelte sich positiv. Das Kreditinstitut sagte 226 Millionen Euro neuer Darlehen zu und zahlte 196 Millionen Euro Darlehen aus. Das Immobiliencenter vermittelte 142 Objekte im Wert von 24,1 Millionen Euro.

Die Einlagen erhöhten sich um rund 42 Millionen bzw. 1,9 Prozent auf rund 2,26 Milliarden Euro. Einmal mehr verzeichnete die Kreissparkasse beim Sparaufkommen ein überdurchschnittliches Wachstum. Es stieg um 36,9 Millionen Euro auf 1,4 Milliarden Euro – ein Anstieg von 2,7 Prozent während die bayerischen Sparkassen im Durchschnitt ein Minus von 6,1 Prozent verbuchten. Laut Vorstandsmitglied Manfred Stöckl legen Verbraucher bei der Vermögensplanung wieder mehr Wert auf langfristige Sicherheit statt auf Rendite, Verfügbarkeit und Flexibilität. Das zeige sich auch im Wertpapiergeschäft, wo der Umsatz zwar um ein Fünftel auf 290 Millionen Euro abnahm, aber der Nettoabsatz um elf Prozent auf 34,4 Millionen Euro anstieg.

Kompetenzzentrum

Zufrieden zeigte sich Stöckl mit der Entwicklung des Kompetenzzentrums für Stiftungen- und Nachlassmanagement. Im ersten Jahr seines Bestehens begleitete es acht Stiftungsgründungen, davon eine individuelle Treuhandstiftung für den Bunten Kreis sowie sieben Namensstiftungen unter dem Dach der Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Augsburg.

Neue Vertriebswege

Neben dem klassischen Filialgeschäft setzt die Kreissparkasse verstärkt auf neue Vertriebswege. 38 Prozent der Kreissparkassen-Girokonten sind für das Online-Banking frei geschaltet, Anwendungen der Sparkassenorganisation für mobile Endgeräte wie das iPhone haben sich zum Verkaufsschlager entwickelt. Täglich gehen rund 1.500 Anrufe beim Kundenservicecenter ein und immer mehr Kunden nehmen das Angebot der mobilen Kundenberatung wahr, bei der Termine zu vom Kunden bevorzugten Zeiten und Orten auch außerhalb der Geschäftsstellen vereinbart werden. ❐

Bayerische Sparkassen:

Robustes Kreditgeschäft

Die 73 bayerischen Sparkassen können auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2009 zurückblicken. Die addierte Bilanzsumme erhöhte sich um 0,6 % auf 168 Mrd. Euro. Neuzusagen und Auszahlungen im Kreditgeschäft lagen deutlich über den Vorjahreszahlen. Damit sichern die bayerischen Sparkassen die Kreditversorgung für private Haushalte, Unternehmen, Selbstständige und für kommunale Gebietskörperschaften.

Der Einlagenbestand wuchs im Jahr 2009 um +1,2 % (Vorjahr +3,9 %.) auf nunmehr 129,9 Mrd. Euro. Die Sparkassenkunden zeigten sich sicherheitsbewusst und favorisierten Sparformen mit festem Zins ohne Kursrisiko. Auffallend waren hohe Umschichtungen von Termingeldern und Eigenemissionen in höher verzinste Sichteinlagen und in Spareinlagen.

Robuste Kreditnachfrage

Die Kreditnachfrage bei den bayerischen Sparkassen war äußerst robust. Neuzusagen und Auszahlungen lagen deutlich über den Vorjahresergebnissen – vor allem bei den privaten Haushalten. Der Gesamtkreditbestand wuchs um +2,0 % seit Jahresbeginn (Vorjahr: +1,1 %) auf 97 Mrd. Euro.

Das Kreditneugeschäft war auch zum Jahresschluss weiterhin lebhaft – vor allem bei Unternehmen und Selbstständigen. Neuzusagen an Unternehmen und Selbstständige zeigen im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 14,0 %, die Auszahlungen ein Plus von 6,9 %. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass bereits im Jahr 2008 die Neukredite im Segment Unternehmen und Selbstständige um 12,1 % gestiegen waren, so dass die aktuelle jährliche Steigerung in 2009 auf den Zuwächsen des Jahres 2008 aufbaut.

Der Wertpapierumsatz liegt mit 19,0 Mrd. um 24,4 % niedriger als im Vorjahr. Trotzdem überwogen die Wertpapierkäufe die Wertpapierverkäufe sehr deutlich, so dass ein Nettoabsatz von knapp 1,0 Mrd. Euro erzielt wurde. Im Vorjahr betrug der Wertpapier-Nettoabsatz 0,7 Mrd. Euro. ❐

Stadtsparkasse München schafft 2009 Rekordergebnis

Trotz der Belastungen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es der Stadtsparkasse München gelungen, das bislang beste Ergebnis von 2007 noch einmal zu steigern: Das Betriebsergebnis nach Bewertung und vor Veränderung der Vorsorgereserven in 2009 beträgt 133 Mio. Euro. Es liegt damit 29 Mio. Euro über dem Wert von 2008 bzw. gut 7 Mio. Euro über dem Rekordwert von 2007.

Die Entwicklung bei der BayernLB führte 2009 erneut zu Wertminderungen an dieser Beteiligung, diesmal in Höhe von insgesamt 29 Mio. Euro. Die Belastungen durch die BayernLB hat die Stadtsparkasse München aus dem laufenden Betriebsergebnis getragen. Dennoch hat das Kreditinstitut seine Rücklagen um 47 Mio. Euro auf rund 900 Mio. Euro aufgestockt und eine Eigenkapital-Rendite von 10,7 % vor Steuern erwirtschaftet. Ziel war, in 2009 die Cost-Income-Ratio auf 65,7 % zu verbessern - diesen Planwert hat Bayerns größte Sparkasse mit einer Kosten-Ertrags-Relation von 64,9 % sogar übertroffen. Der Jahresdurchschnittswert der Bilanzsumme lag mit 15,2 Mrd. Euro knapp 3 % über Vorjahresniveau. Damit ist die Stadtsparkasse München weiterhin fünftgrößte deutsche Sparkasse.

„Unsere solide Geschäftspolitik hat sich in diesen Krisenzeiten bewährt. Wir haben hart für unseren Erfolg gearbeitet und wir setzen alles daran, auch in Zukunft erfolgreich zu sein", so der Vorstandsvorsitzende Harald Strötgen bei der Vorlage der Bilanzzahlen.

Der Zinsüberschuss stieg um 8,3 % auf 316 Mio. Euro. Angesichts der Finanzmarktkrise und der Zurückhaltung vieler Kunden bei Wertpapiergeschäften verringerte sich jedoch der Provisionsüberschuss gegenüber 2008 um 7 % auf 75 Mio. Euro. Das Verhältnis der Erträge aus Kundengeschäft zu Eigengeschäft liegt bei rund zwei zu eins. Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften war 2009 gegenüber dem Vorjahr rückläufig. „Das Bewertungsergebnis für Wertpapiere im Eigenbestand ist erneut positiv. Zusammen mit einem ebenfalls guten Bewertungsergebnis für Kredite sind wir mit unserem Gesamtergebnis mehr als zufrieden", so Strötgen.

53 Mio. Jahresüberschuss

Mit dem Anstieg der Personalkosten erhöhte sich der Verwaltungsaufwand im abgelaufenen Jahr um insgesamt 2,6 %. Nach Dotierung der Vorsorgereserven mit 15,5 Mio. Euro und Abzug der Steuern wird die fünftgrößte deutsche Sparkasse einen Jahresüberschuss von 53 Mio. Euro ausweisen. Die Stadtsparkasse München wird ihrem Verwaltungsrat vorschlagen, knapp 6 Mio. Euro für 2009 an die Landeshauptstadt München als Träger auszuschütten (2008: 4 Mio. Euro). Dieser Betrag wird für gemeinnützige Zwecke verwendet.

Gestiegener Kreditbestand

Das Wachstum der Kredite an Privat- und Gewerbekunden wurde nur durch ein leicht rückläufiges Kreditvolumen Öffentlicher Haushalte etwas geschmälert. Insgesamt stieg der Kreditbestand um 2,6 % bzw. 240 Mio. Euro auf gut 9 Mrd. Euro, davon fällt die Hälfte (4,5 Mrd. Euro) auf Kredite an Privatkunden. Obwohl das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im vergangenen Jahr um 4,9 % rückläufig war, hat die Stadtsparkasse das Volumen der Kredite an Unternehmen und Selbstständige um 3,1 % ausgeweitet.

Während wegen der Wirtschaftskrise die Nachfrage nach Investitionskrediten zurückging, stieg die Bereitschaft von Unternehmern, Immobilien als Kapitalanlage zu erwerben. Gewerbliche aber auch private Baufinanzierungen waren damit der große Wachstumsträger im Kreditgeschäft: 2009 sagte die Stadtsparkasse München 32,4 % mehr Baufinanzierungen zu als im Vorjahr - das Volumen des Neugeschäfts überstieg damit erstmals die Summe von einer Milliarde Euro.

Die hohen Einlagenzuflüsse während der Hochphase der Finanzkrise 2008 hat die Stadtsparkasse München nicht nur gehalten, sondern den Bestand im vergangenen Jahr noch um weitere 300 Mio. Euro bzw. 2,4 % auf 12,2 Mrd. Euro ausgebaut. Kunden bevorzugten eine hohe Verfügbarkeit ihrer Anlagen und wählten daher vorzugsweise Garantiefonds und kurzfristige Geldmarktanlagen.

Neues Private Banking

Das neue Private Banking hat zugkräftig neue Kundengelder hinzugewonnen. Das Stiftungs- und Generationenmanagement hat acht Stiftungen bei deren Gründung begleitet und als Kunden gewonnen. Kunden haben in 2009 rund 30 % mehr Vorsorgeversicherungen abgeschlossen als im Vorjahr, das Beitragsvolumen im Neugeschäft stieg damit um 20 %. Alle Varianten der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge (Riester-Versicherung, -Bausparen und -Fondssparplan, Rürup-Verträge, betriebliche Altersversorgung) haben die Kunden sogar 51 % mehr Policen abgeschlossen als in 2008. Bei Sachversicherungen stieg das Beitragsvolumen der Neuabschlüsse um 40 %.

Die Zahl der abgeschlossenen Bausparverträge stieg gegenüber 2008 um knapp 30 %. Auch die Immobilienvermittlung hat sich sehr positiv entwickelt: Das vermittelte Volumen stieg um 90 % auf über 40 Mio. Euro. Das dichte Filial- und Automatennetz schätzen und nutzen die Kunden weiterhin sehr: Die 220 Geldautomaten der Stadtsparkasse München haben z. B. im letzten Jahr 2,2 Mrd. Euro ausgezahlt, das sind statistisch jede Minute 4.145 Euro bzw. 138 Euro je Abhebung.

Eine aktuelle, unabhängig erstellte Befragung der Münchner ergab: Die Stadtsparkasse München ist im Hinblick auf die Hauptbankverbindung weiterhin unangefochten Marktführer im Privatkundengeschäft. ❐

BayernLB begleitet Sanierungen von über 5000 Wohnungen in München

Die BayernLB begleitet Münchens größte Vermieterin, die GEWOFAG, bei ihrem Energieeffizienzprogramm für Wohnungen im Stadtgebiet München. In den kommenden zehn Jahren sollen über 5.000 Wohneinheiten energetisch saniert werden.

Das Gesamtvolumen des Programms beträgt 200 Mio. Euro. Die Sanierungen werden von der BayernLB über einen Poolansatz für Fördermittel in Höhe von zunächst 70 Mio. Euro mitfinanziert.

Der Bereich Immobilien der BayernLB bietet für die Wohnungswirtschaft weitere Finanzdienstleistungen wie Portfolio- und Akquisitionsfinanzierungen, Corporate Loans, Einzelobjektfinanzierungen, Mergers & Acquisitions und Finanzrisikomanagementanalysen und -instrumente an. ❐

UnternehmerKonferenz am 19. Mai in Nürnberg

Die Sparkassen sind Marktführer beim Mittelstand und den Unternehmensgründern. Daher liegt ihnen die erfolgreiche Geschäftsentwicklung der Unternehmer besonders am Herzen. Die UnternehmerKonferenz 2010 liefert Treibstoff und professionelles Know-how, um aktuelle Herausforderungen zu meistern.

Das Motto am 19. Mai im MesseCongresscenter - CCN Ost Nürnberg lautet: „Aufschwung.Balance.Stabilität. So halten Sie Ihr Unternehmen im Gleichgewicht". Auch in diesem Jahr wird es wieder praxisnahe Fachvorträge für Unternehmer und Kommunal-Entscheider u. a. aus den Bereichen Finanzierung, Erfolgsfaktoren, Zukunftsmärkte geben. In einem SPECIAL: Kommunen werden die Themen Verschuldungsdiagnose, regionale Energieversorgung, PPP, Leasing und Immobilienbestand behandelt. Im Anschluss an die Tagung findet die Verleihung „Bayerischer Gründerpreis 2010" statt.

Anmeldung unter www.unternehmerkonferenz.de ❐

Erhaltung, Sanierung und Ausbau von Rohrleitungsnetzen:

Herausforderung und Verpflichtung

RAL-GZ 961 Grundlage der Qualifikationsprüfung

„Rohrleitungen und deren Netzwerke – Lebensadern der Gesellschaft" lautete das Motto des 24. Oldenburger Rohrleitungsforums. Neben modernster Technik auf den Messeständen, die von Unternehmen aus der Branche im Rahmen der begleitenden Fachausstellung präsentiert wurde, stand der Austausch von Erfahrungen aus der Praxis bei Aufbau, Erneuerung und Umbau der Versorgungsnetze in Deutschland im Fokus der Veranstaltung.

Dabei ging es weniger um das Rohr als Einzelelement, als um das Zusammenwirken der verschiedenen Bausteine im Gesamtsystem, erklärte Prof. Dipl.-Ing. Thomas Wegener im Vorwort des Tagungsbandes. „Wie in unzähligen anderen Lebensbereichen sind Netzwerke auch im technischen Sinn – zum Beispiel in der Ver- und Entsorgungswirtschaft – für das Prosperieren unserer Gesellschaft evident wichtig", so das Vorstandsmitglied des iro e.V., Oldenburg. Grund genug für die Veranstalter, technische, organisatorische, rechtliche, ökonomische und ökologische Aspekte des Netzbetriebes gleichberechtigt nebeneinander zu stellen und zu diskutieren. Das Themenspektrum war dementsprechend gewohnt vielfältig, Altbewährtes genauso wichtig wie aktuelle Entwicklungen.

Grundstücksentwässerung

Das, was auf dem Forum von Referenten, Moderatoren und Zuhörern diskutiert wurde, bot genügend Gesprächsstoff bei den Unterhaltungen zwischen Besuchern der Fachausstellung und den Mitarbeitern der Gütegemeinschaft auf dem Messestand des Güteschutz Kanalbau. Angesprochen wurde unter anderem das Thema „Grundstücksentwässerung". Insbesondere ging es um rechtliche und technische Grundlagen, Möglichkeiten des Netzbetreibers, Prüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen, Sanierungsplanung und technische Möglichkeiten, aber auch mögliche und sinnvolle Unterstützung des Netzbetreibers. Ein Dauerthema, das durch die Neufassung des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) zusätzlich Brisanz erhält. Öffentliche, aber auch private Grundstückseigentümer werden in die Verantwortung genommen. Für beide gilt bundesweit die Pflicht zu regelmäßiger Eigenkontrolle der Abwasserleitungen – unabhängig von landesrechtlichen Ausführungsregelungen.

Was bedeutet das für Auftraggeber, Netzbetreiber, Ingenieurbüros, private Grundstücksbesitzer und ausführende Unternehmen? Wie beeinflusst der Klimawandel die Aufgabenstellungen einer modernen Stadtentwässerung? Auch hierzu bezieht das modifizierte WHG Stellung. In § 55 (Grundsätze der Abwasserbeseitigung) Absatz 2 heißt es: Niederschlagswasser soll ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen. Damit wird dem Umgang mit Niederschlagswasser eine größere Bedeutung beigemessen als bisher.

Kommunale Auftraggeber und Planer aber auch die Bevölkerung müssen für die Bewältigung dieser Aufgabenstellungen sensibilisiert werden. Ein weiterer Aspekt: Nicht nur das Klima ändert sich, auch die Bevölkerung befindet sich im demografischen Wandel und nimmt weiter ab. Weniger Menschen verbrauchen weniger Wasser und weniger Gas. Weniger Menschen erzeugen weniger Abwasser. Sind unsere Ver- und Entsorgungsleitungen zu groß dimensioniert? Ist der Parameter Langlebigkeit auch in Zukunft noch ein Entscheidungskriterium bei der Wahl des Rohrwerkstoffes? Welche Sanierungsstrategie ist die richtige, was gilt es beim Neubau von Leitungsnetzen zu beachten?

Feste Größe

Die Rohrleitungsnetze in Deutschland zu erhalten, zu sanieren oder auszubauen, stellt in jeder Hinsicht eine erhebliche technische und ökonomische Herausforderung dar – in diesem Punkt herrschte in Oldenburg Konsens. Gleichzeitig aber auch eine Verpflichtung für alle, die hieran mitwirken: Politiker, Auftraggeber und Unternehmen. Entscheidend sind umsetzbare Rahmenbedingungen und geeignete Instrumentarien, um von Beginn an eine fachgerechte Ausführungsqualität sicherzustellen. Hierbei trägt der Auftraggeber eine besondere Verantwortung, denn er ist für die Planung zuständig.

Eindeutige Anforderungen

In den Ausschreibungen formuliert der Auftraggeber eindeutige Anforderungen. Dann prüft er, ob Bieter in der Lage sind, diese Anforderungen zu erfüllen. Erfüllen Bieter diese Anforderungen nicht, werden sie von der Auftragsvergabe ausgeschlossen. Der niedrigste Angebotspreis ist nicht entscheidend. Diese Vorgehensweise führt zum Einsatz qualifizierter Firmen. Auch die VOB vertritt den Grundsatz, nur geeignete Bieter zu beauftragen. Es gilt nicht nur, Anforderungen an Einbau und Prüfung zu formulieren, wie es in den technischen Regelwerken geschieht, sondern gleichermaßen Anforderungen zur Qualifikation eines Bieters zu nennen, wie das in der Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 getan wird. Ein Anspruch, der mittlerweile bei vielen Auftraggebern eine feste Größe darstellt. Diesen Eindruck haben viele Gespräche bestätigt, die in Oldenburg geführt wurden. ❐

Bayerischer Gemeindetag:

Ablehnung des neuen Wassergesetzes „auf Probe"

Der Bayerische Gemeindetag lehnt die Befristung des neuen bayerischen Wassergesetzes auf zwei Jahre ab.

Dazu Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Zum einen ist überhaupt nicht nachvollziehbar, ein gesamtes Gesetz, das zudem zu 95 Prozent nur Regelungen des geltenden Wasserrechts überführt, unter Befristung zu stellen. Zum anderen gibt eine Befristung von zwei Jahren sachlich keinen Sinn und schafft einen gewaltigen Bürokratieaufwand. Politisch umstrittene Neuregelungen, wie die Privatisierungsoption im Bereich der Kläranlagenüberwachung, können nicht kurzfristig umgesetzt werden, da es derzeit sowohl am untergesetzlichen Regelwerk wie an entsprechend fortgebildeten Sachverständigen fehlt. Da aber auf Grund der Verfahrenszwänge schon ca. ein Jahr vor dem Verfallsdatum ein Bilanzbericht erstellt sein muss, können kaum Erfahrungen hierzu vorliegen. Auch bei der Gewässerrandstreifenregelung lässt sich in so kurzer Zeit noch nicht absehen, ob über Vertragsregelungen der gleiche Schutz erzielt wird – nicht umsonst hat man den für die Förderung zuständigen Behörden bis 2021 Zeit gegeben, Vertragslösungen zu erzielen, bevor hoheitliche Lösungen kommen."

„Verbergen sich also vielleicht ganz andere Motive hinter der plötzlich aus dem Hut gezauberten Befristung? Etwa die seit Jahren bekannten Interessen einer Grundstückseigentümergemeinschaft, die höhere Entschädigungsleistungen als bisher herausholen will, weil sie ihr Grundeigentum in Wasserschutzgebieten nur so nutzen darf, dass das Grundwasser nicht betroffen wird", fragt Präsident Brandl.

Die Vorstöße dieser Lobbyisten seien von den CSU-geführten Staatsregierungen bisher stets zu Recht abgelehnt wordem. Nun mache man sich anscheinend an die FDP heran, um den Interessen dieser Klientel zum Durchbruch zu verhelfen. Kurzfristige Folge einer solchen Politik sei die weitere Stagnation bei der Ausweisung dringend erforderlicher Schutzgebiete. Langfristige Folge sei die Gefährdung der Wassergüte des Trinkwassers. ❐

Fränkisches Seenland:

Maßnahmen gegen Blaualgen-Plage

Das Fränkische Seenland sagt der Blaualgen-Plage den Kampf an: Auf einer mit 200 Teilnehmern besetzten Fachkonferenz in Pfofeld (Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen) wurden die Weichen für die Erstellung eines umfassenden Maßnahmenpaketes gestellt.

Wegen der Blaualgen bestand im Sommer eine Badewarnung für den Altmühlsee. Die Algenart kann bei Berührung zu unangenehmen Hautreizungen führen. Im September vergangenen Jahres hatte Umweltminister Markus Söder eine „Frankensee-Konferenz" angeregt. Die Organisation und Ausführung übertrug er Landrat Franz Xaver Uhl.

Fruchtbarer Austausch

Bei der Fachkonferenz hatten Verantwortungsträger aus den Bereichen Tourismus, Gastronomie, Landwirtschaft, Industrie- und Handel sowie Vertreter der Fachbehörden die Möglichkeit, sich auszutauschen. Wie Landrat Uhl hervorhob, habe sich das Fränkische Seenland, das als Wasserspeicher für die Überleitung von Altmühlwasser in das Regnitz-Main-Gebiet dient und gleichzeitig vom Freistaat Bayern bzw. den gegründeten Seenzweckverbänden für die Erholung der Bevölkerung erschlossen wurde, in den vergangenen Jahren zu einer beliebten Urlaubsregion in Bayern entwickelt.

Hochwertiges Angebot

Nach der Flutung des Großen Brombachsees im Jahr 2000 und der damit endgültigen Fertigstellung des „Fränkischen Seenlandes" stehe die Ferienregion, was sowohl die Größe der Wasserfläche als auch die touristische Infrastruktur betrifft, nun dem Angebot der oberbayerischen Seenlandschaft kaum mehr nach. Urlaub im „Fränkischen Seenland" bedeutet Erholung und Ferien am und mit dem „nassen Element". Schwimmen und Tauchen, Segeln und Surfen, Boot fahren und Angeln seien die Möglichkeiten für Wassersportler, die bislang an den fränkischen Seen angeboten werden. Auf dem Altmühlsee und dem Brombachsee habe zudem auch die Personenschifffahrt Einzug gehalten.

Badevergnügen beeinträchtigt

Bedingt durch die Sonneneinstrahlung und die hohen sommerlichen Temperaturen in Verbindung mit dem Nährstoffreichtum im Wasser, sei es 2009 erneut zu einer massiven Algenblüte – insbesondere im Bereich des Altmühlsees – gekommen. Diese Algenblüte, die bereits in den Vorjahren in unterschiedlicher Ausprägung auftrat, beeinträchtige insbesondere das Badevergnügen der Erholungssuchenden.

Sinnvolle Kooperation

Da der vorhandene Nährstoffreichtum im Wasser auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden könne, führe nur ein Zusammenwirken verschiedenster Fachbehörden und regionaler Experten zu erfolgversprechenden und konsensfähigen Lösungswegen. Landkreischef Uhl regte die Gründung von vier Arbeitsgruppen an, um konkrete Maßnahmen voranzubringen. Im April sollen die Vorschläge dann wieder auf den Tisch kommen und nach und nach umgesetzt werden.

Dennoch müssen sich die Betroffenen in Geduld üben: Eine schnelle Lösung zeichnet sich laut Professor Christan Steinberg, Leiter des Lehrstuhls für Wasserqualität am Institut für Biologie der Humboldt-Universität Berlin, nicht ab. Steinberg riet den Anwesenden eindringlich, die regelmäßigen Abfischaktionen zur Verkleinerung des Weißfischbestands fortzusetzen. Außerdem müssten die Nährstoffeinträge in den See deutlich reduziert, bestimmte Wasserpflanzen (Makrophyten) zur Verbesserung der Wasserqualität im See angesiedelt und Unterstände am Seegrund als Lebens- und Jagdrevier für Raubfische geschaffen werden.

Deutliche Umsatzeinbußen

Da das Algenproblem bereits seit 2002 bekannt sei, hätte sich Gunzenhausens Bürgermeister Joachim Federschmidt, der auch Vorsitzender des Zweckverbandes Altmühlsee ist, nach eigenem Bekunden die Konferenz viel früher gewünscht. Der Rathauschef führte Umsatzeinbußen von bis zu 40 Prozent im Gastronomie- und Hotelbereich auf das Algenproblem zurück. Er mahnte den politischen Willen auf Landesebene an und forderte ein sofortiges Sonderförderprogramm.

Hilfe für Kommunen

Unverständnis zeigte Federschmidt gegenüber dem Erwerb des fünf Meter breiten Uferstreifens, der aus dem Wasserrechtsentwurf herausgenommen wurde. „Dabei kommen 58 Prozent des Phospateintrages aus diesem Bereich. Landratsamt, Gemeinden und Naturschützer allein sind nicht diejenigen die das Problem lösen können." Dem pflichtete auch die Landtagsabgeordnete Christa Naaß bei. MdL Gerhard Wägemann vertrat die Meinung, dass der Staat den Kommunen im Altmühloberlauf bei der Phosphatfällung behilflich sein solle. Darüber hinaus sollte seiner Meinung nach eine personelle Aufstockung in der Feldberatung erfolgen. **DK**

Kleinkläranlagen:

Alternative zu Pflanzenkläranlagen

Nach einer Überarbeitung des Wasserhaushaltsgesetzes im August 2002 müssen alle Anwesen im Außenbereich, die nicht an ein öffentliches Kanalnetz angeschlossen werden können, ihr Überwasser nach dem Stand der Technik selbst in hierfür geeigneten Kleinkläranlagen reinigen. Hierfür muss die Gemeinde ein Abwasserkonzept ausarbeiten, in welchem die Gebiete, die nicht angeschlossen werden können, festgelegt werden.

Der Stand der Technik besagt, dass das Überwasser der bis zum August 2002 ausreichenden Mehrkammergrube einer biologischen Nachreinigung zugeführt werden muss. Für die Errichtung einer vollbiologischen Kleinkläranlage ist eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich. In Bayern muss diese am zuständigen Landratsamt bei der Abteilung Wasserrecht beantragt werden. Die biologische Nachreinigung kann eine technische oder eine naturnahe Kleinkläranlage, z. B. eine Pflanzenkläranlage sein.

Hoher Standard

Für eine Pflanzenkläranlage benötigt man als Vorreinigung eine Mehrkammergrube. Der Fäkalschlamm aus dieser Grube muss dann nur noch nach Bedarf oder mindestens alle 10 Jahre abgefahren werden, also nicht, wie bisher, alle ein oder zwei Jahre.

Für eine Pflanzenkläranlage gilt je nach Bauart eine Mindestgröße von 4 m² Beetfläche / EW. Die Mindestgröße muss immer 16 m² betragen. Pflanzenkläranlagen erreichen ohne Probleme Reinigungsstandards der Ablaufklassen C, N, D und P. Durch eine spezielle Bauart kann sogar die Ablaufklasse H erreicht werden.

Geringer Platzbedarf

Eine Alternative zu Pflanzenkläranlagen sind technische Kleinkläranlagen. Auch diese erreichen Reinigungsstandards der Ablaufklassen C, N, D, P und H. Diese Anlagen haben einen sehr geringen Platzbedarf. Allerdings haben sie im Vergleich z.B. zu einer Pflanzenkläranlage relativ hohe Betriebskosten, da hier nicht die „Natur", sondern eine Technik die Reinigung übernimmt. Als Technik setzen sich in letzter Zeit immer mehr die so genannten SBR-Anlagen durch, da sie sehr kompakt und einfach gebaut sind. „SBR" bedeutet „sequentiell beschickter Reaktor" und beschreibt die Reinigung, bei der sich alle Phasen der Reinigung, also Vorreinigung, Belüftung, Absetzen und Klarwasserabzug in einem Behälter abspielen, der dazu sequentiell beschickt wird.

Das Überwasser der Kleinkläranlagen muss je nach regionalen Vorgaben über einen Vorfluter oder eine Versickerung abgeleitet werden.

Wartung

Kleinkläranlagen müssen mindestens zweimal im Jahr gewartet werden. Diese Wartung kann bei Pflanzenkläranlagen im Rahmen der Eigenüberwachungsverordnung auch vom Betreiber selbst durchgeführt werden. Es kann aber auch ein Wartungsvertrag mit einer Fachfirma, z. B. der Herstellungsfirma, abgeschlossen werden. Die Wartung beinhaltet ein Probenziehen und Analysieren des aus der Anlage gereinigten Wassers, ein Überprüfen der Technik und das Kontrollieren des Fäkalschlammabteiles der Vorreinigung (Schlammspiegelmessung).

Gesamtpaket

Die Oberland Sonnenwasser GmbH bietet über regionale Partner sowohl naturnahe als auch technische Kleinkläranlagen an. Dies beinhaltet neben den Anlagen die Planung, Angebotserstellung, Bauleistungen und Wartung. Außerdem offeriert die Oberland Sonnenwasser GmbH die Planungen und Durchführung für Ortsteillösungen. ❐

Vom 13. bis 17. September:

„IFAT Entsorga" in München

Die internationale Fachmesse für Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling, IFAT, findet vom 13. bis 17. September in München erstmals unter dem Namen „IFAT Entsorga" statt. Die Messe München und der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) haben eine Kooperation vereinbart.

Weitere Informationen unter www.ifat.de ❐

Bardusch Schutzkleidung:

Mitarbeiter immer gut zu erkennen

Bewährte Warnkleidung jetzt zweifarbig

Jede berufliche Tätigkeit bei laufendem Verkehr ist riskant. Hohes Verkehrsaufkommen und die verminderte Wahrnehmung durch schlechte Witterung können zu Unfällen führen. Die bewährte und nun erstmals zweifarbig angebotene Warnkleidung von Bardusch beugt solchen Gefahren bestmöglich vor. Sie entspricht der Warnschutznorm EN 471 und sorgt stets für eine gute Sichtbarkeit des Trägers. Tagsüber erhöht das fluoreszierende Warnorange die Wahrnehmbarkeit, bei Dunkelheit sorgen die Reflexstreifen durch ihre hohe Rückstrahlwirkung dafür, dass Bewegungen bereits auf weite Entfernung gut erkennbar sind. Ein besonderer textiler Clou ist die Kollektion Hi-7. Sie erfüllt nicht nur die Warnschutznorm, sondern vereint darüber hinaus noch weitere spezifische Funktionen zum Schutz vor möglichen Gefahren, die bei den eigentlichen Arbeiten auftreten können.

Bardusch bietet eine breite Palette an Warnkleidung. Die zweifarbige Kollektion aus Bundhose, Latzhose und Jacke ist in den Farbkombinationen warnorange/kornblau, warnorange/grün sowie warnorange/marine erhältlich. Sie passt daher zu den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen im Freien. Die Entsorgungsbranche und die Straßenwartung finden im Sortiment des Ettlinger Textildienstleisters ebenso ihr spezielles Outfit wie beispielsweise der Straßen- und Gleisbau oder die Landschaftspflege. Die hochwertige Gewebemischung aus 80 % PES (Polyester) und 20 % Baumwolle ist äußerst robust und dazu noch ausgesprochen tragefreundlich. Für jeden Mitarbeiter hält Bardusch die genau passende Konfektionsgröße bereit. Eine uneingeschränkte Bewegungsfreiheit ist somit bei jedem Träger sichergestellt. Viele praktische Details wie Handytaschen, mit Patte verschließbare Gesäß- und Brusttaschen, Gürtelschlaufen und weitenverstellbarer Bund runden die ausgefeilten Funktionen ab.
Weitere Informationen unter www.bardusch.de ❐

Infrastruktur:

Marode Lebensadern der Gesellschaft

Die Kassen der Kommunen sind leer. Durch sinkende Einnahmen bei der Gewerbesteuer schmelzen die finanziellen Handlungsspielräume sogar noch weiter. Dies hat zur Folge, dass überall gespart wird, die Baunachfrage geht alarmierend zurück. Dem gegenüber steht der offensichtlich vorhandene Baubedarf, denn die Infrastruktur in den Kommunen ist marode. Über Jahrzehnte wurde von dem gezehrt, was in der Vergangenheit gebaut wurde. Investiert wurde in die Infrastruktur – unsere essentielle Daseinsvorsorge – vielerorts nicht mal das Nötigste. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) bescheinigt dies in einer Studie mit längst bekannten, aber immer noch erschreckenden Zahlen: Für die Jahre 2006 bis 2020 hat sich in Deutschland ein kommunaler Investitionsbedarf von rund 704 Mrd. Euro angestaut. Dieses enorme Milliardenloch bringt für die Kommunen und ihre Dienstleister – gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise – neue Herausforderungen mit sich. Aus diesem Grund luden der Bayerische Bauindustrieverband e.V. und der Rohrleitungsbauverband e.V. - Landesgruppe Bayern - zur „Baurunde Ostbayern“ nach Regensburg ein.

Die zentralen Fragen waren: Wie soll es weitergehen im kommunalen Straßenbau und allem voran im Leitungsbau für Wasser, Abwasser, aber auch Gas, Strom und Fernwärme? Zahlreiche betroffene und verantwortliche Vertreter aus Politik - hier insbesondere kommunale Mandatsträger - Verwaltung und Wirtschaft nutzten die Gelegenheit, diese Fragestellungen aus bayerischer Sicht zu durchleuchten.

Lebensnotwendigkeit

„Die Versorgungsleitungen - Lebensadern unserer Gesellschaft - verrotten unter unseren Füßen“, konstatierte Dipl.-Ing. (FH) Ewald Weber, Vorsitzender der Fachabteilung Leitungsbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. und erklärte weiter: „Ein Ausfall der Versorgungssysteme – Wasser, Gas und Fernwärme – und vor allem der Entsorgungsnetze, insbesondere der Schmutzwasserkanäle, würde uns schnell vor Augen führen, dass diese buchstäblich lebensnotwendig sind. Das betrifft Mensch und Umwelt gleichermaßen!“ Umso bedenklicher sei es, dass mit diesem Bereich der Infrastruktur so nachlässig umgegangen werde. Die Difu-Zahlen, die für die Trinkwasserversorgung in Deutschland einen kommunalen Investitionsbedarf von rund 29 Mrd. Euro und für die Abwasserversorgung von rund 58 Mrd. Euro bescheinigen, werden auch von regionalspezifischen Studien gestützt. Demnach sind 16 Prozent

Dieter Beck, stellvertretender Vorsitzender der Fachabteilung Leitungsbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes und Vorsitzender der rbv-Landesgruppe Bayern. ❐

der Kanäle in Bayern kurz- bis mittelfristig zu sanieren, das entspricht rund 12.500 km. Bei öffentlichen Kanalsystemen gelte etwa ein Fünftel als schadhaft, bei privaten oder gewerblichen Kanälen schwanken die Schadensraten sogar zwischen 50 und bis zu 90 Prozent. Selbst sparsam kalkuliert bedeute dies, dass allein seitens der bayerischen Kommunen in den nächsten sechs Jahren rund 4 Mrd. Euro in das Kanalsystem investiert werden müssten.

Vollzugsdefizite

Dipl.-Ing. (FH) Dieter Beck, stellvertretender Vorsitzender der Fachabteilung Leitungsbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. und Vorsitzender der rbv-Landesgruppe Bayern, beklagte: „Diese Missstände rühren zum einen von den fehlenden Investitionen. Begünstigt wird dies aber auch durch Vollzugsdefizite bei bestehenden Rechtsvorschriften!“ So werde weder die in Bayern geltende Eigenüberwachungsverordnung noch das im Bayerischen Wassergesetz vorgeschriebene Abwasserkataster flächendeckend eingehalten.

Konkrete Ideen

Bei der Baurunde Ostbayern wurde jedoch nicht nur die vorherrschende Misere moniert. Auch konkrete Ideen und Vorschläge zur Verbesserung der Situation wurden vorgestellt und diskutiert. So sei es aus Sicht der bayerischen Leitungsbauindustrie unabdingbar, die Struktur der bayerischen Wasserwirtschaft zu optimieren, denn diese sei mit 2400 Wasserwirtschaftsbetrieben bei 2056 bayerischen Kommunen deutlich zu kleinteilig organisiert und damit ineffizient. „Wir sprechen keinesfalls von einer Privatisierung der Wasserwirtschaft. Denn wir sehen die Wasserver- und Abwasserentsorgung weiterhin als wichtige kommunale Daseinspflichtaufgabe. Beispielsweise wären etwa 500 kommunale Versorger in Bayern mit ca. 10.000 - 20.000 Verbraucheranschlüssen pro Anbieter eine sinnvolle Größenordnung“, so Beck.

Neue Vertragstypen

Zudem plädieren die Rohrleitungsbauunternehmen seit geraumer Zeit für verschiedene neue Vertragstypen für eine attraktive Zusammenarbeit mit sinnvollen Aufgaben- und Risikoverteilungen zwischen Kommune und privatem Partner. Dies reiche von kombinierten Bau-, Sanierungs-, Wartungs- und Instandhaltungsverträgen, die Vorhaltung und den Einsatz von Bereitschafts- und Störddiensten, über Verträge über die technische Betriebsführung oder komplette Betreiberkonzepte bis hin zu gesellschaftsrechtlichen Kooperationsmodellen. Weber und Beck stimmten überein: „Es gibt hier keine allgemeingültige Standardlösung, die zu allen Kommunen passt. Aber je nach Vertragsmodell können sich für die Kommunen weitreichende Effizienzvorteile ergeben und dabei aufgrund des fachlichen Know-hows der Spezialfirmen gleichzeitig die hohe Qualität der Ver- und Entsorgung von Wasser und Abwasser nachhaltig sichergestellt werden!“

Vor einem ähnlichen Dilemma steht gerade auch die kommunale Straßeninfrastruktur, denn der Zustand der Fahrbahnen ist ebenfalls vielerorts bedenklich. Der

Ewald Weber, Vorsitzender der Fachabteilung Leitungsbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes. ❐

strenge Winter hat sein Übriges getan und bei den Straßen tiefe Spuren hinterlassen. Doch gehandelt werde kaum, reklamierte Dipl.-Ing. Hubert Blaim, Vorsitzender der Fachabteilung Straßenbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes, bei der Baurunde Ostbayern. Dabei werde doch im Aktionsprogramm „Bayerns ländlicher Raum“ der Bayerischen Staatsregierung betont, welch hohen Stellenwert die Straße als Verkehrsträger habe. Dass sich die notwendigen Arbeiten und Investitionen gerade in Zeiten der leeren Kassen nur schwerlich auf herkömmlichem Wege finanzieren lassen, sei offensichtlich.

Effizienzvorteile

Darum empfahl Blaim, auch im Bereich des kommunalen Straßenbaus die Haushaltmittel so effizient wie möglich einzusetzen. Neue Vertragstypen – wie beispielsweise die gemeinsame Vergabe von Bau- und anschließenden Erhaltungsleistungen –, die erhebliche Effizienzvorteile erwarten ließen, müssten weiterentwickelt und alltagstauglich gemacht werden. Zur Verdeutlichung der Notlage berief auch Blaim sich auf die Difu-Studie zum kommunalen Investitionsbedarf in Deutschland. Dort seien die Kommunalstraßen sogar als trauriger Spitzenreiter bei den Investitionsrückständen genannt: „Rund 161 Mrd. Euro - eine gigantische Zahl!“ ❐

Dr. Angelika Niebler zum Einheimischenmodell:

„Dörfliche Strukturen müssen erhalten bleiben“

Das „Einheimischenmodell“ schien noch vor Kurzem in Brüssel kein Thema mehr zu sein. Das eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik im sog. „Selfkant“-Fall wegen eines vermeintlichen Verstoßes gegen die Niederlassungsfreiheit wurde 2008 auf Eis gelegt. Nun hat die Europäische Kommission jedoch erneut die Praxis der Einheimischenförderung angemahnt. In das Visier der Kommission sind jetzt auch vier oberbayerische Gemeinden geraten.

Bernried, Seeshaupt, Vohburg an der Donau und Weilheim nutzen das Einheimischenmodell, um ihre gewachsenen Familien- und Gemeindestrukturen zu erhalten. Wie viele andere Kommunen im Münchner Umland und dem Voralpenland gewähren sie ortsansässigen Bürgern vergünstigte Konditionen auf Baugrundstücke, um insbesondere jungen Familien die Möglichkeit zu geben, in ihrem Heimatort zu bleiben. Es ist Angelika Niebler, CSU-Abgeordnete im Europäischen Parlament, deshalb sehr wichtig, dass das Einheimischenmodell Bestand haben darf. Erfreut hat sie zur Kenntnis genommen, dass sich die Bundesregierung in einer Stellungnahme nun offiziell auf die Seite der bayerischen Gemeinden gestellt hat. „Wir müssen mit allen Mitteln für das Einheimischenmodell kämpfen“, sagt Angelika Niebler. Eine Ablehnung der Modelle dieser vier Gemeinden hätte negative Folgen für die Einheimischenmodelle in ganz Bayern.

Freizügigkeit

Die Kommission hält die Förderkonzepte für einen Eingriff in die Freizügigkeit und einen Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit. Die bayerischen Ortschaften wehren sich entschieden gegen die Vorwürfe, folge die Vergabe doch nach einem Punktekatalog, der verschiedene Aspekte wie Dauer der Ortsansässigkeit, Berufstätigkeit und Anzahl der Kinder berücksichtigt - so die Begründung der Gemeindevertreter.

Möglichkeit für junge Familien, im Ort zu bleiben

Das Einheimischenmodell ist für viele Orte die einzige Möglichkeit, Bürger zu unterstützen, die „im Gegensatz zu Zweitwohnbesitzern eine stärkere Verwurzelung im Gemeindeleben haben und deshalb typischerweise stärker zur Ortsbelebung beitragen“, so Angelika Niebler. Nun ist in der Kommission Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Argumente müssten die Kommission eigentlich überzeugen und von der Erhebung einer Klage beim EuGH absehen lassen. Ggfs. müssen noch die Kriterienkataloge der Gemeinden etwas überarbeitet werden. Niebler könnte sich bspw. vorstellen, dass im Rahmen der Vergabekriterien etwa das Kriterium der Dauer der Ortsansässigkeit - in Bernried beträgt diese derzeit immerhin zehn Jahre - gesenkt werden müsste. „Auch die Vereinszugehörigkeit könnte bei einem Punktesystem stärkere Berücksichtigung finden“, schlägt sie vor. Entscheidend könnte sein, die Kriterien insgesamt weiter zu fassen, damit der Vorwurf der Diskriminierung letztlich gegenstandslos würde. ❐

Alle Partner am Projekt „Gemeinsam sind wir stark“ wollen zum Schutz der Kinder vor Gewalt beitragen. Dritter von rechts Bürgermeister Gerhard Weber. Bild: osr

Für Spaß an Sport und fairem Spiel

Kinderschutzbund und LBS bieten Jugendtrainern pädagogisches Rüstzeug zur Gewaltprävention

Regensburg. (osr) Sport ist ein wirksames Mittel, Aggression gewaltfrei abzulassen. Trotzdem sind Sportplätze und –hallen keine gewaltfreien Zonen. Sowohl auf Trainer- und Schiedsrichterebene, als auch in den Zuschauerrängen, jeder kennt Negativbeispiele zur Genüge. In einer besonderen Verantwortung stehen die Trainerinnen und Trainer. Diesen bietet der bayerische Kinderschutzbund jetzt mit finanzieller Unterstützung der LBS das Schulungsangebot „Gemeinsam sind wir stark“, um souverän zu reagieren und sich die Aggression zu Nutze zu machen – Für Spaß an Sport und fairem Spiel.

„Die LBS nimmt von 2009 bis 2011 rund 200 000 Euro in die Hand, um das Konzept, das uns überzeugt hat, in ganz Bayern voranzutreiben“, sagte der Vertriebsdirektor für die Oberpfalz, Thomas Großhauser bei der Präsentation. Hinter dem Projekt stehen auch die Sparkassen als Verbundpartner, wie Vorstandsvorsitzender Franz-Xaver Lindl versicherte: „Der Staat ist an seinen Leistungsgrenzen, deshalb ist bürgerschaftliches Engagement enorm wichtig. Dies wollen wir als Unternehmen in den Vordergrund rücken.“

Überzeugter Bürgermeister

Auch Regensburgs Bürgermeister für Sport und Jugend, Gerhard Weber, ist überzeugt: „Das Projekt zeigt vorbildlich, wie man den Sport nutzen kann, um Kinder und Eltern zu erreichen und das öffentliche Bewusstsein für die Schutzbedüftigkeit von Kindern zu schärfen.“ Es trage zum Schutz der Kinder vor Gewalt bei – „eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges“. Christa Lindner, die Vorsitzende des Kinderschutzbundes in Regensburg, machte deutlich: „Wir können keine Supertrainer schaffen, aber wir können sensibel machen, damit mehr hingehört und hingeschaut wird.“

Die Bayerische Sportjugend werde diese Möglichkeit zum Konfliktmanagement ergänzend zu den Verbandsschulungen in ihre Bildungsarbeit einbauen, versicherte der oberpfälzische Bezirksjugendleiter Hermann Müller, denn die Vereine hätten soziale Verantwortung. Von ihren Erfahrungen berichteten abschließend zwei Damen, die mit dem Projekt „Gemeinsam sind wir stark“ schon persönlich zu tun hatten. Heidi Müller, Jugendfußballtrainerin beim SV Burgweinting: „Hier lernt man anhand vieler praktischer Beispiele mit Konflikten umzugehen.“ Und Tanja Dilger, die bei dem Projekt als Referentin fungiert, macht deutlich: „Wir wollen den Teilnehmern ein Gefühl dafür geben, wo Problemherde entstehen können und wie man kompetent Lösungsstrategien entwickelt.“

Zielgruppe

„Gemeinsam sind wir stark“-Schulungen richten sich in erster Linie an Jugendtrainer in den Sportarten Fußball, Handball, Basketball, Volleyball, Hockey und Eishockey. Dank der LBS-Patenschaft können 1.000 Vereine in Bayern jeweils drei Teilnehmer kostenlos zu einer Schulung (zwei Abende je drei Stunden) schicken.

Interessierte Vereine können sich über das Internet anmelden: www.gemeinsamstark-bayern.de. ❐

Wildpoldsrieder Wasserlandschaften im Moor

Im Südwesten des Dorfes Wildpoldsried bei Kempten ist die Entwicklung eines Komplexes unterschiedlich genutzter Wasser- und Feuchtlebensräume entstanden, die so genannten‚Wildpoldsrieder Wasserlandschaften im Moor’. Diese setzen sich zusammen aus einem aus mehreren Tümpeln bestehenden Retentionsbereich für Niederschlagswasser, einem Pflanzenklärbereich, einer Erholungsfläche mit Badegewässer und einer größeren Streuobstwiese. Die Besucher haben hier die Möglichkeit dieses besondere ökologische Zusammenspiel der Natur zu erleben.

Bereits seit vielen Jahren bemüht sich die Gemeinde Wildpoldsried um den Schutz von ober- und unterirdischen Wasservorkommen sowie um ökologische Abwasserreinigung. Mit dem Projekt WiWaLaMoor konnten jetzt hierfür weitere wichtige Komponenten vernetzt werden: WiWaLaMoor wurde von der Europäischen Union und dem Freistaat Bayern im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ gefördert.

Der Badesee ist als öffentlich zugängliche Badestelle angelegt. Ein zugehöriges Betriebsgebäude beinhaltet Umkleiden, Sanitäre Anlagen sowie eine Kioskfläche, die im Saisonbetrieb genutzt werden kann.

Der Badesee fügt sich harmonisch in die umgebende Landschaft ein und bietet der kleinen Gemeinde Erholung und Naturerlebnis. ❐

„Familienorientierte Personalpolitik“ in Schweinfurt:

Auch „ElderCare“ oft problematisch

Vor über 100 geladenen Gästen informierte die gemeinsame Initiative der Agentur für Arbeit und des Landkreises Schweinfurt zusammen mit ihren Kooperationspartnern zum Thema „Familienorientierte Personalpolitik als Standortfaktor“. Der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte wird sich in den kommenden Jahren verstärken und eine Personalpolitik, die es den Arbeitnehmern ermöglicht, Familie und Beruf ohne große Abstriche zu vereinbaren, wird zunehmend zu einem bedeutenden Wettbewerbsvorteil. Thomas Stelzer, Leiter der Agentur für Arbeit und Landrat Harald Leitherer betonten in ihren Begrüßungsworten die Bedeutung dieser Thematik anhand der demographischen Entwicklung.

So werde die Bevölkerung im Landkreis Schweinfurt nach einer Prognose bis zum Jahr 2028 von heute 115.000 auf ca. 106.000 abnehmen. Gastgeber war die Firma ZF Sachs, deren Personalvorstand Dr. Karl-Heinz Schmitz in seiner Begrüßung die Notwendigkeit von Netzwerken wie dieser Initiative betonte.

Viele Angebote

Dass ZF Sachs seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereits mit vielen Angeboten die Verbindung von Familie und Berufstätigkeit erleichtert, erläuterten Kerstin Reichert vom Betriebsrat und Ingrid Doischer aus dem Bereich Personal und Soziales anhand zahlreicher Beispiele wie Workshops mit Eltern, vielfältige Teilzeitmodelle und umfassende Informationen zum Thema im betriebsinternen Intranet. Auch bei der Urlaubsplanung wird auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Betreuungspflichten ebenso Rücksicht genommen wie auf die Eltern schulpflichtiger Kinder.

Betreuung im Fokus

Zunächst verbindet man den Begriff „Familienorientierung“ automatisch mit der Problematik, Berufstätigkeit und Kinderbetreuung zu vereinbaren. Doris Küfner-Schönfelder, beauftragte für Chancengleichheit bei der Agentur für Arbeit, machte in ihrem Vortrag den Gästen bewusst, dass aufgrund der Altersentwicklung der Bevölkerung das Problem der Betreuung älterer Familienmitglieder bald das größere sein werde. “ElderCare”, der englischsprachige Begriff für die Betreuung der älteren Generation, war dann auch das Thema des Abends.

Vorbereitung auf den Ernstfall

Die Generation der heute 50-jährigen und älteren Arbeitnehmer, deren Kinder nicht mehr beaufsichtigt werden müssen, kann von heute auf morgen davon betroffen sein. Im Gegensatz zur geplanten Kinderbetreuung kann die Notwendigkeit, völlig überraschend beispielsweise ein Elternteil nach einem Schlaganfall versorgen zu müssen, buchstäblich über Nacht eintreten. Gut, wenn man daruf vorbereitet ist, weiß, welche Betreuungsangebote in der Umgebung angeboten werden und sich bereits Gedanken gemacht hat, wie die Berufstätigkeit mit dieser neuen Aufgabe verbunden werden kann. Die Wahrscheinlichkeit wird jedenfalls immer höher, bis 2030 wird jeder Dritte in Deutschland über 60 Jahre alt sein und die Zahl der Pflegebedürftigen wird voraussichtlich um über 58 Prozent auf 3,4 Millionen ansteigen. Der Landkreis Schweinfurt erstellte deshalb ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept.

Konzeptionelle Kernpunkte

Kernpunkte dieses von Sozialamtsleiter Werner Kaffer vorgestellten Konzeptes sind die Erstellung von Bevölkerungsprognosen auf Gemeindeebene, eine erweiterte Pflegebedarfsplanung und vor allem eine Befragung der älteren Landkreisbewohner zur Erkundung des voraussichtlichen Bedarfs. Dabei äußerten beispielsweise 53 Prozent der befragten Senioren über 60 den Wunsch, auch im hohen Alter ihre derzeitige Wohnsituation beibehalten zu können. Dieser Wunsch nach einem möglichst langen selbstbestimmten Leben in vertrauter Häuslichkeit wird nur durch die Unterstützung seitens der jüngeren Angehörigen zu verwirklichen sein.

Der Arbeitgeber ist gefragt

Dass diese dabei nicht auf sich allein gestellt sind, zeigte Anne Grob von der Seniorenberatung der Betreuungsstelle am Landratsamt mit ihrer Präsentation der heute schon vorhandenen Unterstützungsangebote im Landkreis. Hausärzte, Krankenkassen, Sozialstationen und Wohlfahrtsverbände sind dabei ebenso Ansprechpartner wie die Gemeinden und die Seniorenberatung in Stadt und Landkreis. Dennoch wird die Pflege für die 15 bis 20 Prozent der Arbeitnehmer, die im Jahre 2020 davon betroffen sein werden, eine große Belastung bleiben. Je besser ihnen ihr Arbeitgeber über die heute schon gesetzlich zustehenden Freistellungen hinaus durch flexible Regelungen entgegen kommt, desto eher wird es ihnen gelingen, Arbeit und Betreuung zu verbinden.

Die Arbeitgeber erhalten sich dadurch motivierte, leistungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach der schon Jahre zurück liegenden „Elternzeit“, nun auch die „Älternzeit“, so Grobs augenzwinkernde Übersetzung für „Eldercare“, meistern werden. ❐

Business School Memmingen:

Erste Absolventen erhalten Zeugnisse

Am Freitag, 19. März, von 16:00 bis 19:00 Uhr erhalten die ersten 13 Absolventen der Business School Memmingen ihre Zeugnisse zum Bachelor of Arts in Business Management (moderne Betriebswirtschaftslehre). Dieses Ereignis wird eingeleitet durch eine Rede des Präsidenten der Steinbeis-Hochschule Berlin, die derzeit mit über 4000 Studenten die größte private Hochschule Deutschlands darstellt.

Darüber hinaus wird der beste Absolvent des Jahrganges erstmalig mit dem Dr-Ivo-Holzinger-Preis, benannt nach dem Oberbürgermeister der Stadt Memmingen, ausgezeichnet. Dieser Preis ist mit einem Preisgeld von 1.000 Euro dotiert. ❐

Sabine Meyer von „Pro Arbeit Rosenheim e. V.“ (hinten) koordiniert das Projekt als erste Ansprechpartnerin für Paten, Patlinge, Schulen und Betriebe. Rechts Alfons Maierthaler, stv. Vorstand der Sparkassenstiftung Zukunft für die Stadt Rosenheim. ❐

Qualipaten für die Hauptschulen in Rosenheim

Motivierte Schüler der vier Rosenheimer Hauptschulen unter die Fittiche nehmen und mit einem individuellen „Trainingsprogramm“ fit machen für den Hürdenlauf ins Berufsleben: Darauf zielen die ehrenamtlichen Qualipaten ab, die bereits seit 2005 an der Hauptschule Mitte tätig sind.

Mit Beginn des neuen Schuljahres hat nun „Pro Arbeit Rosenheim e.V.“ die Trägerschaft für das Projekt „Qualipaten für die Hauptschulen in der Stadt Rosenheim“ übernommen, das sukzessive an allen vier Standorten im Stadtgebiet (Hauptschule Mitte, Volksschule Fürstätt, Volksschule Westerndorf St. Peter und Volksschule Aising) etabliert bzw. weiter ausgebaut wird.

Alle Geldmittel hierfür, inklusive der erforderlichen Nachhilfestunden, stellt die „Sparkassenstiftung Zukunft für die Stadt Rosenheim“ bereit. Die Schirmherrschaft für die nächsten drei Projektjahre hat Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer übernommen.

Von der Auswahl der geeigneten Jugendlichen (ab der 8. Klasse) über die Kontaktaufnahme mit den Eltern bis hin zur Akquise neuer Paten und dem Aufbau einer gesamtstädtischen Struktur – alle Fäden in Sachen „Qualipaten“ laufen künftig beim Verein „Pro Arbeit Rosenheim e.V.“ zusammen, der zugleich für die Schulsozialarbeit an den vier Hauptschulen zuständig ist. Die „Qualipaten“ bilden somit, ergänzend zu den bisherigen Tätigkeitsschwerpunkten Schulsozialarbeit und Ausbildungs- bzw. Arbeitsstellenvermittlung, einen weiteren wichtigen Baustein im Vereins-Netzwerk.

Die persönliche Betreuung, kombiniert mit gezieltem Nachhilfeunterricht, soll Lernbereitschaft, Leistungen und nicht zuletzt das Selbstwertgefühl der jungen Leute steigern, denen oftmals der Rückhalt in der Familie fehlt. Schriftliche Zielvereinbarungen geben dabei die Marschroute für Qualipate und Schüler vor, um von vornherein den Teufelskreis zu umgehen, der Jugendlichen mit einem schlechten oder gar einem fehlenden Schulabschluss droht.

Doch sind die Qualipaten nicht nur Anlaufstelle bei schulischen Problemen; sie helfen ihrem Schützling bei den wöchentlichen Treffen zudem bei der Berufswahl, greifen ihm beim Schreiben von Bewerbungen unter die Arme und stehen ihm gegebenenfalls über die Probezeit hinaus während der Lehre zur Seite.

Große Bedeutung misst deshalb Projektkoordinatorin Sabine Meyer der Paarbildung bei: „Die Chemie zwischen Pate und Patling muss stimmen.“ Der Qualipate ist dabei weder Elternersatz noch mischt er sich in die Erziehung ein. Als Treffpunkt für die regelmäßigen Austauschtreffen der Qualipaten stehen die Räume in der Merianstraße zur Verfügung, die früher von der Nachmittagsbetreuung an der Hauptschule Mitte genutzt wurden.

Zusätzlich zur gründlichen Vorbereitung der Ehrenamtlichen auf ihre neue Tätigkeit und zum regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den „Kollegen“ wird beim Qualipaten-Engagement Weiterbildung großgeschrieben; bereits im Januar stand ein zweitägiges Seminar in Wildbad Kreuth auf dem Programm. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Werner Bumeder (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 44 vom 01.01.2010
Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Pressedruck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Jahrespressekonferenz Tourismusverband Franken:

Qualitätsmarke auf hohem Niveau

Der Tourismus in Franken bewegt sich nach wie vor auf hohem Niveau, stellte der Vorsitzende des Tourismusverbandes Franken, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, bei der Jahrespressekonferenz des Verbandes fest. Mit einem Indexwert für das Jahr 2009 von 112,7 auf der Basis des Jahres 1987 (Indexwert: 100) liege Franken deutlich über dem gesamtbayerischen Index von 109,5.

Zwar habe der Fremdenverkehr in Franken erstmals seit fünf Jahren eine „Delle“ aufzuweisen, „doch tut dies seiner Bedeutung als Wachstumsbranche und wichtiger Wirtschaftsfaktor keinen Abbruch“, erläuterte Herrmann. Konkret habe der fränkische Tourismus bei seinen Übernachtungen einen Rückgang von 3,6 Prozent auf 18,7 Millionen verzeichnet.

V. l.: Olaf Seifert, Geschäftsführer Tourismusverband Franken, Wilhelm Siemen, Direktor der Museen Porzellanikon Selb und Hohenberg a.d. Eger, Joachim Herrmann, MdL, Bayerischer Innenminister und Vorsitzender Tourismusverband Franken, Wolfram Zilk, stellvertretender Geschäftsführer, Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg, Jürgen Haasler, Geschäftsführer VGN. ❐

Dieser Rückgang ist laut Herrmann eine Folge der Finanzkrise des vergangenen Jahres, durch die vor allem der Städtetourismus mit den Segmenten „Geschäftsreiseverkehr, Kongresse und Tagungen“ unmittelbar betroffen war.

Deutliche Umsatzsteigerung

Wie der Verbandsvorsitzende weiter mitteilte, generiert der fränkische Tourismus acht Milliarden Euro Bruttoumsatz pro Jahr. Im Vergleich zum Jahr 2006 hat der Tourismus in Franken seine Umsätze sogar noch um eine Milliarde Euro steigern können. Dank dieser Umsätze verdienten mittlerweile 161.000 Personen in Franken ihren Lebensunterhalt primär mit dem Tourismus.

Diese Zahlen sind das Ergebnis der Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus in Franken“, die vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr an der Universität München (DWIF) veröffentlicht wurde. „Von einem gut aufgestellten Tourismus profitiert eine Vielzahl von Wirtschaftszweigen“, so Herrmann. Auf den ersten Blick betrifft das die Hotellerie und Gastronomie, aber es ist genauso der Einzelhandel oder die Dienstleistungsbranche, die nach der aktuellen Studie des DWIF als Nutznießer eines florierenden Tourismus einzustufen sind. In Franken entfällt auf den Einzelhandel ein Umsatzanteil von 43 Prozent, also 3,4 Milliarden Euro.

Im Durchschnitt gibt ein Tagesbesucher in Franken 28 Euro aus – ein Übernachtungsgast hingegen 104 Euro. Spitzenwerte erreicht die Städteregion Nürnberg mit 179 Euro pro Tag je Übernachtungsgast und das Fränkische Weinland mit 47 Euro pro Person bei den Tagesbesuchern.

Handlungsfelder

Als Ergebnis der regelmäßigen Anpassung der strategischen Ausrichtung des Tourismusverbandes Franken wurden 2009 unter anderem die Handlungsfelder Angebotsentwicklung, Qualität und Marketing für die mittelfristige Arbeit des Tourismusverbandes Franken definiert. Die Kommunikationsstrategie begreift Franken dabei in seiner Gesamtheit als Qualitätsmarke, landschaftsbezogen und unabhängig von Verwaltungsgrenzen.

Produktlinien

Die Kompetenzen Frankens werden durch die Produktlinien „Franken Kultur“, „Gesundheitspark Franken“, „Franken kulinarisch erleben“ sowie „Franken aktiv: Wandern und Radeln“ in den Mittelpunkt gerückt. Innerhalb der Produktlinie „Franken kulinarisch erleben“ hat der Tourismusverband Franken 2009 beispielsweise weiter an seiner Differenzierung, die bereits mit „Franken – Wein. schöner.Land!“ und „Franken - Heimat der Biere“ umgesetzt wurde, gearbeitet. Komplettiert werden diese Angebote nun durch „Franken – Land der Genüsse“, mit dem Schwerpunkt auf regionale Spezialitäten der fränkischen Küche.

Städtetourismus

Im Rahmen der Produktlinie „Gesundheitspark Franken“ wird der Schwerpunkt auf dem von der EU geförderten Projekt „Betriebliche Prävention“ liegen. Ziel dieser Kampagne ist es, Mitarbeiter zu motivieren, in den Kurorten und Heilbädern Frankens etwas für die eigene Gesundheit zu tun. Ein besonderes Augenmerk gilt 2010 dem Städtetourismus. Da dieser Bereich besonders stark von der Finanzkrise betroffen ist, wird der Tourismusverband Franken das Marketing mit zusätzlichen Werbemaßnahmen intensivieren. Dazu gehören eine Inlandskampagne, diverse Verkaufsförderungsaktionen in den Beneluxstaaten, in der Schweiz und in Österreich sowie gezielte Akquisitionstouren in den wichtigsten ausländischen Quellmärkten.

Renaissance des Inlandtourismus

Die ersten Signale und Rückmeldungen zur Saison 2010 sind Herrmann zufolge viel versprechend. Eine sehr hohe Nachfrage bei den ersten Tourismusmessen sowie viele Anfragen in der Geschäftsstelle des Tourismusverbandes Franken belegen dies nachhaltig. Das große Interesse ist ein deutliches Zeichen für die von Marktforschern prognostizierte Renaissance des Inlandtourismus.

Höhepunkte 2010

Höhepunkte des Jahres 2010 sind die Jubiläen „175 Jahre deutsche Eisenbahn“ in Nürnberg und Fürth, „300 Jahre europäisches Porzellan“ mit Ausstellungen in den beiden fränkischen Porzellan-Hochburgen Selb und Hohenberg a.d. Eger und „60 Jahre Romantische Straße“. Zudem stehen in vielen Mitgliedsorten des Tourismusverbandes Franken Stadtjubiläen an: Gefeiert wird beispielsweise in Roth, Bad Brückenau, Seßlach und Spalt.

Angebotsgestaltung mit Blick auf Generation 50 plus

Weitere Schwerpunkte der fränkischen Tourismusarbeit liegen in der Angebotsgestaltung. Diese soll mit Blick auf den demographischen Wandel noch viel mehr als bisher auf die Generation 50 plus ausgerichtet werden. Dabei hat der Qualitätsgedanke einen besonderen Stellenwert, der unter anderem in Form von Qualitätswanderwegen und mit ADFC-Sternen ausgezeichneten Radfernwegen, zertifizierten Tourist-Informationen sowie rad- und wanderfreundlichen Gastbetrieben bereits verwirklicht wird.

Nach Herrmanns Darstellung wird der Tourismusverband Franken auch in Zukunft konsequent an seiner Qualitätsoffensive arbeiten. **DK**

Landkreis Dillingen:

Landrat Schrell wiedergewählt

Als großer Vertrauensbeweis gewertet wurde die Wiederwahl von Landrat Leo Schrell an die Spitze der Landkreisverwaltung Dillingen. Der 52-jährige Kandidat der Freien Wähler erhielt 83,67 Prozent der Stimmen. Auf die einzige Gegenkandidatin Bettina Merkl-Zierer (Grüne) entfielen 16,33 Prozent.

Der Wahlleiter, stellvertretender Landrat Alfred Schneid (CSU), gratulierte Leo Schrell im Landratsamt zu dem „hervorragenden Ergebnis“.

Schrell betonte, mit „voller Kraft“ werde man weiter in guter Zusammenarbeit aller Fraktionen des Kreistags für eine optimistisch zu sehende Zukunft der Heimat weiterarbeiten. Die Wahlbeteiligung betrug 42,52 Prozent.

Zu den prominenten Gratulanten Schrells gehörten bei einem Ortstermin in Tapfheim-Rettingen bei Donauwörth und im Landratsamt Donau-Ries in Donauwörth der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Georg Schmid und KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle. **Text und Bild: -jdt**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wenn es irgendwo in Urumqi, Taschkent oder Omaruru einen Internet-User interessiert, wie es bei uns ums Rathaus herum ausschaut, dann soll er es sich doch in Gottes Namen ansehen können.“ Mein Chef, der Bürgermeister, argumentierte im Stadtrat gegen den Antrag einer Bürgerinitiative, die die Stadt aufforderte, der Veröffentlichung von Bildern aus dem Städtchen durch Google Street View zu widersprechen..

Da haben einige Leute, die ansonsten bedenkenlos ihre persönlichen Daten für die paar Glasperlen aus Rabattkartenprogrammen frei zu Markte tragen, die Parole nachgeplappert „Vorsicht vor big brother Google“, weil der angeblich den Datenschutz gefährdet. Dabei ist Street View eigentlich eine clevere Sache: Wer mit Hilfe von Google Maps eine bestimmte Adresse sucht oder sich auf einem Stadtplan von

Street View und der Datenschutz

Punkt A nach Punkt B leiten lassen will, der kann neben dem Karteneintrag auch eine Ansicht der Umgebung des Ziels bzw. der Strecke auf Oberflächenniveau aufrufen. Virtuell steht man also zum Beispiel auf unserem Marktplatz, sieht das Rathaus und kann sich dann per Mausklick um 360° drehen. Nach und nach tauchen das Obere Tor, das Kaufhaus, das Stadtmuseum, die Alte Post auf, man erkennt im Winkel unsere Pfarrkirche und schwenkt dann wieder auf das Rathaus. Perfekt.

Möglich wird dies, weil die Plätze und Straßen der Stadt systematisch fotografiert werden. Und da liegt des Pudels Kern. Viele Leute fühlen sich in ihrer Intimsphäre verletzt, weil sie möglicherweise zu einem unbestimmten Zeitpunkt an irgendeinem Ort möglicherweise geknipst und dieses Foto gegebenenfalls per Street View jetzt für die Öffentlichkeit zugänglich sein könnte. Obwohl Gesichter, Autokennzeichen und sonstige individuelle Merkmale von Google verzerrt werden. Ich sage nur: Dann muss man auch allen japanischen und sonstigen Touristen, die in unser idyllisches Städtchen kommen, die Digitalkameras und Camcorder am Ortseingang abnehmen. Die schießen Bilder wie die Wilden und lichten im Laufe einer Sommersaison mindestens die Hälfte der Bevölkerung mehrmals als Beiwerk (Passanten, Einkäufer oder Flaneure) auf ihren Fotos von Rathaus, Stiftskirche und Stadtschloss ab. Ich möchte nicht wissen, wie viele dieser Bilder auf Facebook und Co. oder privaten Familienseiten landen.

Aber bei Google wird, warum auch immer, etwas Böses unterstellt. Vielleicht, weil die Firma mit dem neuen Dienst Geld verdienen will? Na und – wenn sie eine gute und sinnvolle Dienstleistung anbietet, dann soll sie auch was dafür kriegen. So ist es mit Google Earth ja auch, der Draufsicht auf die Welt bis hin in jedes einzelne Dorf. Es war doch die Revolution für Häuslekäufer, dass man heute vom Makler nicht nur ein Foto vom Haus und einen Grundriss gezeigt bekommt, sondern schon in der Phase des Sichtens der Angebote wie aus dem Heißluftballon über dem Objekt schweben und sich ein Bild von der Umgebung und Nachbarschaft machen kann.

OK, Google hat auch was für seinen schlechten Ruf getan. Das Vorhaben, die Bestände ganzer Bibliotheken ohne Rücksicht auf Urheberrechte einzuscannen und dann in einer digitalen Bibliothek zugänglich zu machen, war dreist, ja unverschämt. Aber der Gedanke als solcher, praktisch alle Bücher der Welt irgendwann einmal digital zur Verfügung zu haben und ohne Rücksicht auf Zeit, Ort oder Erhaltungszustand lesen zu können, hat doch was Faszinierendes. Ich glaube, die Gegner neiden Google neben dem phänomenalen geschäftlichen Erfolg vor allem, dass diese Leute super Ideen einfach etwas früher als andere haben und dann auch umsetzen.

Mein Chef, der Bürgermeister jedenfalls diskutiert hart mit den Street View-Gegnern. Jeder kann ja die Löschung des Bildes seines Hauses beantragen, aber die Stadt wird das sicherlich nicht tun. Vielleicht gelingt es ihm ja, den ein oder anderen zu überzeugen. Getreu dem Satz eines Gurus des kreativen Denkens, Edward de Bono, auf dem heutigen Kalenderblatt: „Wenn du nie eine Meinung änderst, weshalb hast du dann eine?“

Ihre Sabrina

Bezirk Mittelfranken:

Maßnahmen zur Kostendämpfung

Bei der Haushaltsplanaufstellung will sich der Bezirk Mittelfranken künftig enger mit den Städten und Landkreisen abstimmen und gemeinsam mit diesen Maßnahmen zur Kostendämpfung ergreifen. Dies ist das Ergebnis eines Gesprächs im Nürnberger Rathaus zwischen den Oberbürgermeistern der Städteachse Dr. Ulrich Maly (Nürnberg), Dr. Thomas Jung (Fürth), Dr. Siegfried Balleis (Erlangen) und Matthias Thürauf (Schwabach) sowie der Finanzreferenten der vier Städte mit Bezirkstagspräsident Richard Bartsch und weiteren Vertretern des Bezirks.

Erst im vergangenen Jahr war es zu einer Diskussion zwischen den Städten und dem Bezirk gekommen, nachdem der Bezirkstag die Bezirksumlage von 2009 auf 2010 um rund 56 Millionen Euro (dies entspricht 19,84 Prozent) von 282,6 Millionen Euro auf 338,6 Millionen Euro erhöht hatte. Im Fall Nürnberg beträgt die Steigerungsrate 26,3 Prozent, im Fall Erlangens sogar 39,68 Prozent.

Nach Ansicht der Städtevertreter ist dies zwar rein rechtlich nicht zu beanstanden, stehe aber in keiner Weise in einem realen Bezug zur tatsächlichen Finanzkraft der Umlagezahler. Die kreisfreien Städte und Landkreise finanzierten mit ihrer Umlage etwas mehr als die Hälfte des Etats vom Bezirk Mittelfranken. Während die gestiegene Bezirksumlage zu einem Anstieg der Defizite und der Verschuldung der Städte führe, weise der Bezirk im Verhältnis zu den Städten eine geringere Verschuldungsquote auf.

Verständnis für städtische Argumente

Bezirkstagspräsident Bartsch zeigte Verständnis für die Argumente der Städte, wies aber auch darauf hin, dass aufgrund des demographischen Wandels vermehrt Anforderungen an die Bezirke gestellt werden.

Mit einer Reihe von Maßnahmen will der Bezirk dazu beitragen, dass in den kommenden Jahren die Kostensteigerungen soweit wie möglich gedämpft werden. So ist geplant, die eigenen Investitionen zwischen 2010 und 2013 mit Krediten und nicht über weitere Umlagen zu finanzieren. Vorgesehen ist auch im Jahr 2010 eine Absenkung der Rücklagen. Eine interne Arbeitsgruppe ermittelt derzeit bereits Sparmöglichkeiten beim Bezirk.

Kommunalgipfel

Der Vorschlag aus dem Kreis der Städte, auch externe Berater hinzuzunehmen, fiel bei Bartsch auf fruchtbaren Boden. Er wird ihn in die politischen Gremien des Bezirks einbringen. Zudem wird eine gemeinsame Gruppe mit den Kämmerern und Sozialreferenten der Städte sowie der Landkreise und Spitzenvertretern des Bezirks die Sozialleistungen des Bezirks im Blick auf die Standards und die Wirtschaftlichkeit der Verfahren unter die Lupe nehmen.

Zudem veranstaltet der Bezirk Mittelfranken nach Ostern einen „Kommunalgipfel“, bei dem es auch um einen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen kommunalen Ebenen gehen soll. **DK**

Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten:

Sozial vernetzen – innen entwickeln

Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein nutzt Chancen des Integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK)

Seit mehr als einem Jahr setzt die Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein mit viel Nachdruck ihr 2008 beschlossenes Konzept zur Integrierten ländlichen Entwicklung (ILEK) um. Bereits in der Konzeptphase gelang die Umsetzung einiger wegweisender Projekte, die sich vor allem auf die Bereiche Generationen und interkommunale Zusammenarbeit konzentrieren.

Der Verwaltungsgemeinschaft und Landentwicklung Thierhaupten (SDL), die Vergabe eines ILEK, in dem unter fachlicher Begleitung Ziele und eine Reihe konkreter Maßnahmen beschlossen wurden. Finanziell gefördert wurde das Projekt vom Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben.

(VG) Syrgenstein im Landkreis Dillingen/Bezirk Schwaben gehören die drei Gemeinden Bachhagel, Syrgenstein und Zöschingen mit rund 6800 Bewohnern an. Die Gemeinden profitieren von der guten Verkehrsanbindung, weisen jedoch entgegen der Entwicklung früherer Jahre eine stagnierende Bevölkerungszahl auf.

Von links: Bernd Steiner, Bürgermeister von Syrgenstein und Gemeinschaftsvorsitzender, Ingrid Krämmel, Bürgermeisterin von Bachhagel und Norbert Schön, Bürgermeister von Zöschingen. ❐

Um diesem Prozess entgegenzuwirken, hat sich die VG Syrgenstein zu einer Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit entschlossen. Den Grundstein dafür legte neben Veranstaltungen der Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL), die Vergabe eines ILEK, in dem unter fachlicher Begleitung Ziele und eine Reihe konkreter Maßnahmen beschlossen wurden. Finanziell gefördert wurde das Projekt vom Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben.

Um das Praxiswissen rund um die interkommunale Zusammenarbeit in Bayern besser zu vernetzen, stellt die Informationsplattform der SDL www.sdl-inform.de erfolgreiche Projektbeispiele ländlicher Entwicklung vor, zu denen auch die integrierte ländliche Entwicklung der VG Syrgenstein zählt.

Primäres Ziel des ILEK ist die Etablierung eines interkommunalen Familien- und Gewerbestandorts im westlichen Landkreis Dillingen, um die Lebensqualität der Bürger zu verbessern und die Chancen der Region zu nutzen. Unter der engagierten Mitwirkung von Gemeindemitgliedern und Bürgern sind bereits einige Projekte erfolgreich umgesetzt worden.

So wurde der „Bürgerservice Bachtal“ ins Leben gerufen, der den Bewohnern generationenübergreifend Hilfestellungen anbietet. Zudem fiel der Entschluss, die kommunalen Bauhöfe zusammen zulegen und mit der Umnutzung eines ehemaligen bauwirtschaftlichen Betriebes zu verbinden. Derzeit laufen die Umbauarbeiten, die im Frühjahr 2010 abgeschlossen sein sollen. Darüber hinaus wird derzeit ein interkommunales Immobilienportal erstellt, um die Wohnangebote der Region für Menschen in allen Lebenslagen zu bündeln.

Die VG Syrgenstein dient als gemeinsame Organisationsplattform für den interkommunalen Entwicklungsprozess. Dieser genießt einen starken Rückhalt bei der Bevölkerung. Zu den weiteren Zielen im Rahmen des ILEK-Prozesses gehören z.B. die Stärkung der sozialen Versorgungsstruktur, die Nutzung innerörtlicher Potenziale, der Aufbau eines gemeinsamen Gewerbeflächenpools vor allem aber die Verbesserung des Lebensumfeldes aller Bürger durch abgestimmte Angebote und Aktivitäten.

Die interkommunale Zusammenarbeit spielt für die Zukunftsentwicklung in der VG Syrgenstein sowohl für die Strategie- als auch für die Umsetzungsebene eine große Rolle. Zahlreiche Beratungs-, Informations- und Diskussionsangebote schärfen das Bewusstsein der Bevölkerung für das ILEK. ❐

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 1. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **EDV und Technik für die Kommunalverwaltung**
- **Ausstattung für die Kommunalverwaltung**
- **Umwelt- und Abfalltechnik**
- **Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung**
- **Fachliteratur**
- **Kommunale Rechtsfragen**

Neue Sonderausstellung:

„Historische Rieser Ortsansichten“

Maihingen (pm). Malerische Ortsbilder, imposante Burgen, Schlösser und mittelalterliche Klöster im Ries waren seit jeher bevorzugte Motive für Künstler. In der neuen Sonderausstellung „Historische Rieser Ortsansichten“ präsentiert das Rieser Bauernmuseum Maihingen (Landkreis Donau-Ries) von 16. März bis 10. November eine Auswahl an Grafiken, Zeichnungen und Landkarten aus den Museumsbeständen. Die ausgestellten Werke umfassen Ansichten aus den zwei Jahrhunderten zwischen 1750 und 1950.

Neben anonymen Blättern sind auch Arbeiten von bekannten Persönlichkeiten wie dem Nördlinger Stadtmaler Johannes Müller (1752-1824) oder Eugen Felle (1869-1934), der Vorlagen für Postkarten entwarf, vertreten.

Auch eine Neuerwerbung des Museums ist erstmals zu sehen: In einer kompletten Serie des Lithographen Balthasar Zeiträg (1837-1902) mit 24 „Ansichten von Nördlingen und seiner Umgebung“ von 1865 finden sich neben Gesamtansichten größerer Ortschafte etwa die Schlösser Baldern, Hohenaltheim, Kleinerdlingen, Lierheim und Reimlingen sowie die Ruinen Flochberg, Niederhaus und Hochhaus.

„Die Grafiken laden ein zum Entdecken und Vergleichen. Wer genau hinsieht, stellt beispielsweise fest, dass auf einer Landkarte Maihingen fehlt“, sagt Museumsleiterin Dr. Ruth Kilian. „Manche Ansichten sind heute so gar nicht mehr möglich oder zumindest stark verändert. Das Waisenhaus in Nördlingen wurde vor einigen Jahrzehnten zum Beispiel abgerissen. Anderes sieht dagegen noch fast genauso aus wie vor 150 Jahren“.

Da Grafiken lichtempfindlich sind, können sie aus konservatorischen Gründen nicht ständig gezeigt werden. Die Schau bietet daher die besondere Gelegenheit, sie zu sehen. ❐

Obersteinbach:

Klausurtagung der CSU Roßtal

Als Mitmachpartei erwies sich die CSU Roßtal. Mitglieder und Interessierte waren eingeladen, ein Wochenende im Schloss Obersteinbach bei Scheinfeld in Klausur über die Zukunft des Marktes und des Ortsverbandes nachzudenken. Der Einladung von Parteivorsitzender Lydia Endres folgten 25 Roßtaler Bürger.

Der Vorsitzende des Schullandheimwerks und Hausherr von Schloss Obersteinbach, Maximilian Gaul, führte die Gäste durch das Haus und freute sich, seinen Roßtaler Mitbürgern auch ein exzellentes Beispiel für nachhaltiges Bürgerengagement vorzeigen zu können: Das Schullandheim hat zusammen mit den Obersteinbacher Grundstücksbesitzern ein Wärmenetz begründet und wird nun mit der Abwärme einer Biogasanlage beheizt.

In den wohlig warmen alten Gemäuern des Schlosses ließ es sich trefflich arbeiten. Unter Leitung von Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter Eschler und 2. Bürgermeister Anton Engelhard befasste man sich mit der Gemeindeentwicklung, Finanzierung der neuen Kläranlage und mit der Weiterentwicklung der nachhaltigen Bürgerkommune. Denn mit diesem Prädikat darf sich Roßtal als eine von 40 Exzellentenkommunen neuerdings schmücken. Engelhard erinnerte dabei an die herausragende Vorarbeit von Altbürgermeister Maximilian Gaul.

Konkrete Forderungen

In zwei Arbeitsgruppen wurden auch deutliche Forderungen an den Markt Roßtal und an die Rathausverwaltung gestellt: „Die Stagnation in der Bevölkerungsentwicklung ist umgehend zu überwinden!“ Roßtal, das alle Einrichtungen für junge Familien bietet, muss als Wohnort besser beworben, neue Baugebiete müssen mit Hilfe des Baulandmodells erschlossen, die Nahversorgung und die Unterstützung des Gewerbes verbessert werden.

Auch dass der „Runde Tisch Gewerbe“ unter Bürgermeister Völkl noch nicht einmal einberufen wurde, kritisierten die Teilnehmer. Der Bürgermeister müsse erster „Außendienstler“ des Marktes Roßtal sein, um die notwendigen Kontakte herzustellen. Die Rathausverwaltung muss Dienstleister für ansiedlungswillige Gewerbebetriebe sein. Dank sprach die Fraktion, die komplett nach Obersteinbach anreiste und in den Arbeitsgruppen mitarbeitete, dem Breitbandpaten Anton Engelhard aus. Seinem Engagement ist es zu verdanken, dass der Markt kürzlich mit der Telekom einen Vertrag zu Verbesserung der Breitbandversorgung abschließen konnte.

Mitmachpartei

Überraschungsgast war Landtagsabgeordneter Hans Herold, der in der Nähe Obersteinbachs geboren und aufgewachsen ist. Er zeigte sich erfreut von der Qualität der Ergebnisse der Arbeitstagung. Herold lobte Roßtals CSU auch für die gute Idee, eine solche Tagung außerhalb der Heimat für alle Interessierten offen anzubieten. „Der Ortsverband erweist sich als Mitmachpartei im Sinne der Neuausrichtung der Gesamtpartei“, so Herold. Als Mitglied des Haushaltsausschusses im Landtag brachte er außerdem Maximilian Gaul die glückliche Nachricht, dass der Ausschuss den notwendigen Zuschuss zum Neubau eines Schullandheims am Freilandmuseum in Bad Windsheim endgültig Zustimmung erteilt habe.

Peter Müller, Geschäftsführer des Bundeswahlkreiseses Fürth, referierte am Sonntagvormittag dann noch über weitere Möglichkeiten, die Partei zu modernisieren. Seine Anregungen wurden von den Teilnehmern aufgegriffen und werden nun wie die Arbeitsergebnisse dieser offenen Tagung in die Parteigremien Roßtals als Anträge eingebracht und bearbeitet. ❐

LIEFERANTEN-NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 winnenden
Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Knödler
Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil ..... bestickt — gewoben — bedruckt — bestrasst — individuell gefertigt !
z. B. **bestickte Baby-Handtücher** mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
z. B. **BW-Tragetaschen** 500 St. einfarbig bedruckt
€ 360,00 + MwSt. + Film.
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Kindergarteneinrichtungen

eibe *Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG*
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256+82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe *Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG*
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL BENZ® SPORT
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/6905-77 · info@benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Winterdiensttechnik, die begeistert – weltweit! Gmeiner
Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: +49 (9604) 93267-0
info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG